

Deutsche Wirtschaft 2004: Vorziehen der Steuerreform belebt Konjunktur nur vorübergehend

Auch im Sommer 2003 hat die deutsche Wirtschaft die seit drei Jahren anhaltende Stagnation nicht überwunden. Im vergangenen Winterhalbjahr haben erneut rezessive Tendenzen die Oberhand gewonnen. Die Inlandsnachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern hat sich zwar seit Jahresbeginn etwas gefestigt, sie expandierte jedoch nach wie vor schwach – vor allem wegen der weiterhin rückläufigen Bauinvestitionen. Impulse von der Belebung der Weltkonjunktur fehlen noch ganz. Zudem belastet der gegenüber dem Vorjahr höhere Außenwert des Euro Exporte aus Deutschland und regt Importe an. Die an sich nur verhaltenen konjunkturellen Impulse vom Inland fließen stärker als zuvor in die Nachfrage nach Importgütern ab, und die Außenwirtschaft trägt nicht – wie sonst üblich – zum Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion bei, sondern entzieht ihr sogar Kaufkraft.

Erst mit der weiteren Erholung der Weltwirtschaft wird die Produktion in Deutschland gegen Ende 2003 wieder kräftigere Impulse aus dem Ausland empfangen. Dies setzt jedoch ein stärkeres Auflösen der geopolitischen und weltwirtschaftlichen Unsicherheiten nach dem Ende des Irak-Krieges voraus. Die Chancen dafür stehen gut, hat doch die Geldpolitik in den USA und Europa in den vergangenen Monaten durch die Senkung der Leitzinsen für ausreichend Liquidität gesorgt. In den USA regt zudem die Finanzpolitik vor allem durch erneute Steuererleichterungen die Inlandsnachfrage an, sodass zu der im Zeichen des Irak-Konfliktes stehenden schwachen Grundtendenz der Konjunktur ein wirtschaftspolitisch induziertes Plus hinzukommt. So wird sich der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts der USA in diesem Jahr auf 2,1% belaufen. Im Euroraum ist dagegen die Finanzpolitik in etwa neutral ausgerichtet, sodass sich die konjunkturelle Belebung von dieser Seite auf das Wirken der automatischen Stabilisatoren beschränken dürfte. Das Bruttoinlandsprodukt wird mit 0,8% nur mäßig expandieren. Für Deutschland bedeuten diese Entwicklungen auf seinen wichtigsten Außenmärkten einen nur mäßigen Anstieg der Exporte. So fällt die Außenwirtschaft als Motor der Konjunktur in diesem Jahr aus, und das Bruttoinlandsprodukt wird 2003 im Vergleich zum Vorjahr stagnieren.

Mit Beginn des Jahres 2004 wird die deutsche Wirtschaft einen Impuls durch das Inkrafttreten der verschobenen zweiten und der vorgezogenen dritten Stufe der Steuerreform 2000 erhalten. Die steuerlichen Entlastungen der Einkommen von Arbeitnehmern und Selbständigen dürften den Konsum der privaten Haushalte beleben. Die Nachfrageschwäche im Inland wird dadurch aber nur vorübergehend gemildert werden. Zum einen dürfte die Steuersenkung teilweise gegenfinanziert werden. Zum anderen ist mit den bereits in der Haushaltsplanung des Bundes vorgesehenen Ausgabenkürzungen ein stark restriktiver Impuls verknüpft. Außerdem besteht die Gefahr, dass sich die zunehmenden Zweifel an der Dauerhaftigkeit von Steuersenkungen in einer erhöhten Sparneigung der Privaten niederschlagen. Die Anregung des Konsums wird deshalb deutlich kleiner ausfallen, als dies durch die reformbedingte Steuersenkung angezeigt ist, und bereits in der zweiten Jahreshälfte auslaufen.

Die Steuerentlastungen werden auch nur in engen Grenzen auf die gesamtwirtschaftliche Produktion ausstrahlen, weil der Konsumimpuls kaum auf die Investitionstätigkeit übergreifen wird. Die Unterauslastung der Produktionskapazitäten hat in der Stagnationsphase einen Grad erreicht, bei dem zusätzliche Nachfrage weitgehend mit dem vorhandenen Produktionspotenzial bedient werden kann. Zudem bleiben selbst bei den von der dritten Steuerreformstufe begünstigten Unternehmen per saldo mit den erwarteten Belastungen kaum Anreize zur verstärkten Investitionstätigkeit und bei den anderen Unternehmen erst recht nicht. Die Anlageinvestitionen werden deshalb trotz der nachlassenden Bremswirkung vom Baubereich nur mäßig expandieren. Erst zusammen mit den stärker werdenden Impulsen aus der Weltwirtschaft wird sich die Konjunktur in Deutschland festigen. Nach dem Schub in der ersten Jahreshälfte dürfte sich das Tempo der Expansion aber wieder verlangsamen. Konjunkturbedingt wird das Bruttoinlandsprodukt 2004 um reichlich 1% höher als in diesem Jahr sein. Wegen der kalenderbedingt zusätzlichen Arbeitstage wird sich der Zuwachs jedoch auf 1,7% belaufen.

Die Stagnation der wirtschaftlichen Aktivität in diesem Jahr wird noch im nächsten auf dem Ar-

beitsmarkt nachwirken. Zwar haben viele Unternehmen und der öffentliche Sektor Wege gefunden, die Beschäftigungsfolgen der übermäßigen Anhebung der Löhne und Gehälter in der letzten Tarifrunde beispielsweise durch die Kürzung außertariflicher Zahlungen zu mildern. Arbeitsplatzverluste überwiegen jedoch, die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird weiter steigen und im Durchschnitt dieses und des kommenden Jahres jeweils bei knapp 4,5 Millionen liegen. Die in Angriff genommenen Maßnahmen zur schnelleren Vermittlung von Arbeitslosen sowie zum Ausbau des Niedriglohnbereichs zeigen bislang – nicht zuletzt wegen der Konjunkturflaute – wenig Wirkung.

Auch bei der in dieser Prognose erwarteten konjunkturellen Beschleunigung zeichnet sich für 2004 keine nennenswerte Entlastung am Arbeitsmarkt ab. Die Gefahr der Verfestigung der hohen Arbeitslosigkeit scheint von der Wirtschaftspolitik erkannt und mit der „Agenda 2010“ ein Weg struktureller Reformen aufgezeigt worden zu sein. So sollen die hohen Lohnnebenkosten durch eine effizientere Gestaltung vor allem der Gesetzlichen Krankenversicherung und der Arbeitslosenversicherung verringert werden. Zugleich sollen die Anreize zur Arbeitsaufnahme erhöht werden, indem die Dauer des Bezugs von Arbeitslosengeld deutlich verkürzt, die Arbeitslosen- mit der Sozialhilfe zusammengelegt und im Niveau abgeschmolzen wird. In dieser Hinsicht verspricht die „Agenda 2010“ einigen Erfolg. Allerdings führen diese Maßnahmen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik nur dann zu den beabsichtigten Beschäftigungseffekten, wenn die damit verbundenen finanziellen Einsparungen nicht allein der Sanierung der öffentlichen Haushalte dienen. Sie müssen weitgereicht werden, um den Druck von Steuern und Abgaben auf die Wirtschaft zu verringern und von daher auch die Anreize für Unternehmen zur Einrichtung zusätzlicher Arbeitsplätze zu erhöhen. Obwohl die genannten Reformschritte in der ersten Zeit eher für Nachfrageausfälle sorgen, zeigen Simulationen mit dem makroökonomischen Modell des IWH, dass Beschäftigungsgewinne schon in den ersten Jahren zu erreichen sind; dies vor allem dann, wenn das Einsparvolumen dem Abbau der Lohnnebenkosten zugute kommt. Der Beschäftigungsaufbau ist tendenziell stärker, wenn nur die Arbeitgeber von der Absenkung der Beitragssätze profitieren. Um eine durchschlagende Wirkung am Arbeitsmarkt zu erzielen, sind jedoch Strukturreformen erforderlich, die deutlich über die in der Agenda enthaltenen Maßnahmen hinausgehen.

Tabelle 1:
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2003 und 2004

	2002	2003	2004
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Private Konsumausgaben	-0,6	1,0	2,0
Staatskonsum	1,5	0,9	0,3
Anlageinvestitionen	-6,7	-0,9	1,7
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-7,7	1,1	3,8
Bauten	-5,9	-2,5	-0,2
Inländische Verwendung	-1,5	0,7	1,8
Exporte	2,6	2,9	5,2
Importe	-2,1	5,3	5,8
Bruttoinlandsprodukt ^a	0,2	0,1	1,7
Nachrichtlich:			
USA	2,4	2,1	3,3
Euroraum	0,8	0,8	1,7
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Tariflöhne je Stunde	2,6	2,8	2,4
Effektivlöhne je Stunde	1,8	2,6	2,2
Lohnstückkosten ^b	0,7	1,0	0,0
Verbraucherpreisindex	1,4	0,9	1,2
	<i>In 1 000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland) ^c	38 688	38 254	38 215
Arbeitslose ^d	4 060	4 410	4 435
	<i>in %</i>		
Arbeitslosenquote ^e	9,5	10,3	10,4
	<i>in % des BIP</i>		
Finanzierungssaldo des Staates	-3,6	-3,9	-3,4

^a Anstieg des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2004 ohne die kalenderbedingt anfallenden zusätzlichen Arbeitstage: 1,1%; Arbeitstageeffekt in den Vorjahren vernachlässigbar. – ^b Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^c Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen. – ^d Nationale Definition. – ^e Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Schätzungen und Prognose des IWH (Stand: 07. Juli 2003).

Die für 2004 geplanten Steuererleichterungen können zwar als ein Schritt gesehen werden, die anfänglichen Nachfrageausfälle bei der Umsetzung von Strukturreformen zu kompensieren. Die Entlastung der Selbständigen bei der Einkommensteuer bleibt aber zu gering, um die Schaffung neuer Arbeitsplätze anzustoßen. Mit dem Vorziehen der Steuerreformstufe hat die Finanzpolitik überhaupt eine Kehrtwende vollzogen. Nicht mehr die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte

wird in den Vordergrund gestellt, sondern die Konjunkturanregung. Da aber die Konsolidierung schon wegen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes nicht vollständig aufgegeben werden dürfte, werden die mit der vorgezogenen Stufe verbundenen Steuerausfälle nur zum Teil kreditfinanziert werden. Trotzdem wird das Haushaltsdefizit nach 3,9% des Bruttoinlandsprodukts in diesem bei 3,4% im nächsten Jahr liegen und damit die im Maastricht-Vertrag festgelegte Obergrenze das dritte Jahr infolge überschreiten.

Die expansiven geldpolitischen Vorgaben schlagen sich in Deutschland nur abgeschwächt in günstigen Finanzierungsbedingungen nieder, denn der deutsche Finanzierungssektor muss gegenwärtig mit besonderen Problemen kämpfen. Weil die deutschen Großbanken in einer Konsolidierungskrise stecken, werden Zinssenkungen der Europäischen Zentralbank nur zögerlich von den Privatbanken an die Kreditnehmer weitergegeben. Eine Kreditklemme besteht jedoch insgesamt nicht. Auch eine deflationäre Abwärtsspirale wird sich in Deutschland trotz der niedrigen Preissteigerungsraten mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht entwickeln.

Internationale Konjunktur

Turbulenzen ziehen vorüber – Verunsicherung bleibt

Im Frühsommer 2003 haben einige Bedrohungen für die Weltwirtschaft nachgelassen: Der Irakkrieg blieb ohne gravierende Folgen, der Erdölpreis ist gegenüber seinem Höhenflug im Vorfeld des Krieges deutlich gesunken, und die Infektionskrankung SARS konnte weltweit eingedämmt werden. Vor diesem Hintergrund haben sich die Aktienmärkte erholt, und die Investoren erwarten für die nächste Zeit stabilere Kursentwicklungen.¹ Trotzdem bleibt die weltwirtschaftliche Entwicklung insgesamt schwach. In den USA lassen nach verhaltener wirtschaftlicher Aktivität in den vergangenen Monaten Frühindikatoren auf eine deutliche Belebung in der zweiten Jahreshälfte schließen. Dagegen ist die Wirtschaft im Euroraum

¹ Die Erwartung höherer Stabilität der Aktienmärkte ist am Rückgang der impliziten Volatilitäten abzulesen, die sich aus sinkenden Preisen für Optionen auf Aktienindizes ergeben. Vgl. EUROPÄISCHE ZENTRALBANK: Wirtschaftliche und monetäre Entwicklungen im Euro-Währungsgebiet, in: Monatsbericht Juni 2003, Seite 38.

im ersten Halbjahr in die Stagnation geraten, und die Anzeichen für eine kommende Belebung sind noch unsicher. Auch in Japan ist die gesamtwirtschaftliche Dynamik wieder zum Erliegen gekommen. Die Konjunktur wird dort in diesem und im nächsten Jahr wieder einmal auf außenwirtschaftliche Impulse angewiesen sein.

Die Abnahme der Belastungsfaktoren hat also vorerst die Stockung nicht aufgelöst; das vermochten auch nicht die expansive Geldpolitik der wichtigen Notenbanken und das aus historischer Perspektive extrem niedrige Zinsniveau in den Industrieländern. Es scheint, dass die nunmehr dreijährige Schwächephase Haushalte und Unternehmen weltweit zu einem vorsichtigeren Verhalten veranlasst hat, das auch nach Abklingen akuter Risikofaktoren anhält. Auf den Gütermärkten schlägt sich diese Vorsicht in schwacher gesamtwirtschaftlicher Nachfrage nieder. Auf den Devisenmärkten ist ein stärkeres Gewicht von Risiken wohl wesentlich für den massiven Wertverlust des Dollar insbesondere gegenüber dem Euro verantwortlich (um etwa ein Fünftel gegenüber Mai letzten Jahres). Die Dollarschwäche ist mit herkömmlichen Erklärungsmustern schwer zu deuten: Der Zinsabstand zwischen dem Euroraum und den USA ist im letzten halben Jahr leicht gesunken, was für sich genommen den Dollar hätte stützen müssen. Die gleiche Wirkung müsste die jüngere Entwicklung der Wachstumsperspektiven haben: Der Abstand zwischen den für 2004 prognostizierten Wachstumsraten der USA und des Euroraums hat sich in den vergangenen Monaten wieder vergrößert. In letzter Zeit scheinen die Investoren aber die Möglichkeit einer in den USA unerwartet ungünstigen Entwicklung stärker zu gewichten. Für diesen Fall stellt das extrem hohe Leistungsbilanzdefizit ein erhebliches makroökonomisches Risiko dar. Zusätzliche Faktoren, die den Dollarkurs geschwächt haben, waren sicherlich das emporschnellende Haushaltsdefizit und mögliche Belastungen der US-Wirtschaft aufgrund des geopolitischen Engagements der USA.

Das aktuelle Leistungsbilanzdefizit der USA von etwa 5% des Bruttoinlandsprodukts wird von den Investoren kaum über einen längeren Zeitraum finanziert werden. Ein Wechselkurs von rund 1,15 Dollar pro Euro hilft, diese Defizitquote nach und nach auf ein tragbares Niveau sinken zu lassen: Die Verschlechterung der Terms of Trade bedeutet kurzfristig eine Belastung, mittelfristig wird die Leistungsbilanz aber von der gestiegenen Wettbewerbsfähigkeit der US-Wirtschaft profitieren. Die

vorliegende Prognose geht davon aus, dass die Währungsmärkte diese Sicht überwiegend teilen und der Euro bis Ende 2004 um etwa 1,15 Dollar schwanken wird.

Kasten 1:

Annahmen für die Prognose

Der Konjunkturprognose liegen folgende Annahmen zugrunde, die selbst auf prognostischen Überlegungen beruhen:

- Die Europäische Zentralbank senkt ihren Mindestbietungssatz im Lauf der nächsten Monate noch um einen viertel Prozentpunkt auf 1,75%. Nächstes Jahr wird sie die Leitzinsen zur Jahresmitte um einen viertel, im letzten Quartal um einen halben Prozentpunkt anheben.
- Der langfristige Kapitalmarktzins im Euroraum steigt bis Ende 2004 von gegenwärtig 3,8% um etwa einen Prozentpunkt an.
- Der Ölpreis liegt im Durchschnitt des zweiten Halbjahres 2003 und auch des Jahres 2004 bei etwa 25 US-Dollar pro Barrel.
- Der Welthandel wird in diesem Jahr mit reichlich 4% und im nächsten Jahr mit gut 7% expandieren.
- Für einen Euro werden bis Ende 2004 etwa 1,15 US-Dollar gezahlt.
- Die Tariflöhne in Deutschland erhöhen sich auf Stundenbasis im Jahr 2003 um 2,8% und im Jahr 2004 um 2,4%.

Die finanzpolitischen Annahmen für Deutschland werden in Kasten 4 (Seite 275) dargelegt.

Eine zögerliche Belebung der Weltwirtschaft wird erst gegen Ende dieses Jahres einsetzen. Sie wird wieder einmal von den USA ausgehen, aber auch von den Schwellenländern Asiens. Der Euroraum und Japan sind einmal mehr auf Impulse von außen angewiesen. Der weltweite Handel mit Gütern und Dienstleistungen wird in diesem Jahr mit reichlich 4% und im nächsten Jahr mit gut 7% expandieren. Das bedeutet, dass er im Prognosezeitraum nicht zu der Dynamik in den Jahren vor 2001 zurückfinden wird. Ein wichtiger Grund dafür liegt in den Belastungen durch die verschlechterte Sicherheitslage im internationalen Verkehr im Allgemeinen und in der Tourismusbranche im Besonderen.

USA: Wirtschaftspolitik stimuliert konjunkturelle Erholung

Die US-Wirtschaft hat sich im vergangenen Jahr von der Rezession erholt, allerdings war die Entwicklung von Sonderfaktoren und Schocks geprägt und somit höchst unstetig. Einerseits stützte die expansive Geldpolitik den privaten Konsum, vor allem indem sie Finanzierungsoffensiven bei langlebigen Konsumgütern und fallende Hypothekenzinsen ermöglichte. Auch die Finanzpolitik wirkte expansiv. Andererseits gingen von den Bilanzierungsskandalen, dem damit verbundenen Verfall der Aktienkurse und der Irak-Krise deutlich bremsende Wirkungen aus. Gegen Ende des Jahres überwogen die hemmenden Faktoren, so dass sich trotz der massiven wirtschaftspolitischen Impulse kein kräftiger Aufschwung herausbilden konnte. Die Preise entwickelten sich nur schwach.

Der sich abzeichnende Irak-Krieg drückte das Konsumentenvertrauen; der private Verbrauch stieg nur wenig. Außerdem hielten sich die Unternehmen im Umfeld des Krieges mit Ausgaben zurück, und die positive Tendenz bei den Ausrüstungsinvestitionen wurde gestoppt. Im ersten Quartal 2003 waren diese sogar wieder deutlich rückläufig. Weiter gedämpft wurde die Wirtschaft von dem in der Spitze bei etwa 35 Dollar je Barrel der Sorte Brent liegenden Ölpreis. So befand sich die US-Wirtschaft seit dem Herbst in einer ausgeprägten Schwächephase, die bis in das Frühjahr hinein reichte. Nur der Außenbeitrag entwickelte sich unerwartet positiv. Unterstützt von dem seit Anfang des Jahres 2002 abwertenden Dollar, verringerte sich der Einkommensentzug durch den Außenhandel.

Mit dem Ende des Irak-Krieges haben sich die hemmenden Faktoren langsam wieder zurückgebildet. Der Ölpreis ist gesunken, die Aktienkurse haben ihre Talfahrt beendet, und auch das Konsumentenvertrauen hat sich erholt. Die tendenzielle Verbesserung der Stimmung im Gefolge des Kriegsendes wirkt sich aber nur zögerlich auf die realwirtschaftlichen Aktivitäten in den USA aus. Die Risikoaversion der Marktakteure scheint nach der langen weltwirtschaftlichen Schwächephase zugenommen zu haben. Gleichzeitig sind die bisher konjunkturstützenden Immobilienpreise trotz weiterhin fallender Hypothekenzinsen nicht mehr gestiegen. So hat sich auch kein erneuter Vermögenseffekt eingestellt, und ein Impuls für den Konsum ist ausgeblieben. Alles in allem ist das US-amerikanische Bruttoinlandsprodukt im ersten Halb-

jahr 2003 nur mit einer Jahresrate von knapp 2% gegenüber der Vorperiode expandiert.

Die monetären Rahmenbedingungen werden auch auf absehbare Zeit sehr günstig bleiben. Der Preisauftrieb ist weiterhin moderat. Die Notenbank der USA hat in jüngster Vergangenheit sogar Besorgnis über eine drohende Deflation geäußert und in diesem Zusammenhang erst kürzlich die Leitzinsen um 25 Basispunkte gesenkt. Sollte die Inflationsrate² weiterhin fallen, so wäre sogar mit erneuten Zinssenkungen zu rechnen. Erst wenn sich die Erholung der Gesamtwirtschaft im Frühjahr 2004 gefestigt hat, ist von ersten Zinsanhebungen auszugehen.

Die Finanzpolitik ist auch im Prognosezeitraum deutlich expansiv ausgerichtet, obgleich viele Staaten zu einer restriktiven Haushaltspolitik gezwungen sind. Bereits im vergangenen Jahr wies der Bundeshaushalt, nachdem vier Jahre lang Überschüsse erzielt worden waren, wieder eine Defizitquote von 2% des nominalen Bruttoinlandsprodukts auf. Aufgrund der zusätzlichen Belastungen durch den Krieg mit dem Irak, der anhaltend schwachen Entwicklung auf der Einnahmeseite und der jetzt beschlossenen Steuerentlastungen wird dieses Jahr das Defizit des Bundeshaushalts bei reichlich 3% des nominalen Bruttoinlandsprodukts liegen. Die angesprochenen finanzpolitischen Maßnahmen wirken auch im kommenden Jahr nach und die Haushaltssituation wird sich nicht wesentlich verbessern.

Für den weiteren Verlauf des Jahres 2003 zeichnet sich aufgrund anhaltender Verunsicherung der Marktakteure nur ein in der Grundtendenz schwacher Aufschwung ab. Jedoch wird sie von den im Mai verabschiedeten steuerlichen Entlastungen überlagert, die im zweiten Halbjahr den privaten Konsum deutlich stimulieren dürften. Zu einem guten Teil wird sich die Wirkung dieser Maßnahmen erst im kommenden Frühjahr im Rahmen von Steuerrückzahlungen entfalten. Obwohl die Unternehmen steuerlich entlastet werden – wenn auch in geringerem Umfang als die Konsumenten –, werden die Investitionen nur zögerlich ausgeweitet, denn die vorherrschende Unsicherheit dürfte nur langsam nachlassen. Erst im kommenden Jahr ist hier mit einer deutlicheren Erholung zu rechnen.

² Im Mai lag die Inflationsrate – gemessen am Verbraucherpreisindex – bei 2,1%, während die Kernrate (Verbraucherpreisindex ohne Energie und Nahrungsmittel) 1,6% betrug.

Tabelle 2:
Kassenmäßige Auswirkung des „Jobs and Growth Tax Relief Reconciliation Act of 2003“ auf den Bundeshaushalt

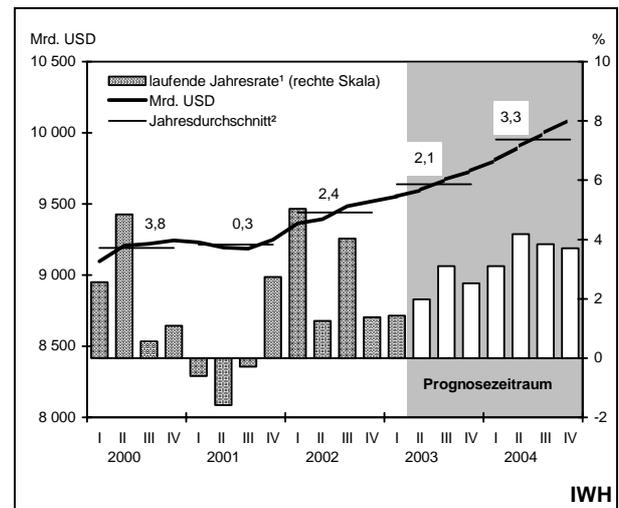
- Mehreinnahmen oder Minderausgaben (+)/Mindereinnahmen oder Mehrausgaben (-) gegenüber der ursprünglichen Budgetplanung in Mrd. Dollar, Fiskaljahre^a -

	2003	2004	2005-2013 ^b
Vorgezogene Einkommenssteuersenkungsstufen	-31	-88	-52
Verbesserung der Abschreibungsmöglichkeiten	-12	-36	37
Senkung der Dividenden- und Kapitalertragsteuern	-4	-18	-126
Fristverlängerung für Steuervorauszahlungen	-6	6	-
Finanzielle Unterstützung der Bundesstaaten	-8	-12	-
Insgesamt	-61	-148	-141

^a Fiskaljahre: 1. Oktober bis 30. September des Folgejahres. – ^b Kumuliert.

Quelle: Congressional Budget Office.

Abbildung 1:
Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA
- Saisonbereinigter Verlauf -



¹⁾ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet. – ²⁾ Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen des IWH; ab 2. Quartal 2003: Prognose des IWH.

Eine weitere, jedoch vorübergehende Unterstützung für die Expansion der Wirtschaft kommt von dem gegenüber seinem Stand im Vorjahr stark abgewerteten US-Dollar. Wie schon zu Beginn des Jahres wird hierdurch der Einkommensentzug durch den Außenhandel gedämpft. Erst wenn die Erholung der gesamtwirtschaftlichen Produktion erstarkt, werden auch die Importe wieder an Fahrt gewinnen.

Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt in den USA im kommenden Jahr um 3,3% steigen, nach 2,1% in diesem Jahr.

Japan: Weiterhin keine durchgreifende Erholung der Binnenkonjunktur

In den letzten Jahren hat sich Japan nicht aus der Stagnation lösen können. Das Preisniveau sinkt seit 1999. Die außenwirtschaftlichen Impulse konnten die Binnenwirtschaft nicht nachhaltig stimulieren, und die Volkswirtschaft fiel wiederholt in eine Rezession zurück. Im Zusammenhang mit der allgemeinen weltwirtschaftlichen Verunsicherung und des gegenüber dem US-Dollar deutlich aufgewerteten japanischen Yen sind die Exporte – nach einer kurzen Belebung – wieder eingebrochen. Die im vergangenen Jahr vergleichsweise robuste Binnenwirtschaft scheint zuletzt wieder an Fahrt verloren zu haben. Der private Konsum expandierte im ersten Quartal 2003 nur noch geringfügig, und die Investitionen haben ihre jüngste Aufwärtsbewegung nicht fortgesetzt.

Im Prognosezeitraum ist für Japan erst dann eine fühlbare Belebung zu erwarten, wenn sich die Erholung der Weltwirtschaft gefestigt hat. So werden die Exporte wieder deutlicher expandieren und die Investitionen und den privaten Konsum mitziehen. Aber auch diese Entwicklung wird Japan nicht dauerhaft aus der Krise führen. Wie das Beispiel der Großbank Resona zeigt, die von der japanischen Regierung vor der Insolvenz gerettet wurde, sind die strukturellen Probleme – vor allem im Bankensektor – immer noch gravierend. Ohne durchgreifende Maßnahmen, die diese Situation wirksam verbessern, wird die japanische Wirtschaft weiterhin deutlich im Wachstum gehemmt bleiben und sich die Deflation fortsetzen.

Konjunktur im Euroraum nimmt nur langsam Fahrt auf

Die Wirtschaft im Euroraum ist verhalten in das Jahr 2003 gestartet. In der ersten Jahreshälfte dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt kaum mehr als stagniert haben. Zunächst wurde die konjunkturelle Entwicklung durch große Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Krise im Irak beeinträchtigt. Aber auch nach dem schnellen Ende der militärischen Auseinandersetzungen kam es bislang nicht zu einer durchgreifenden Aufhellung der Stimmung von Investoren und Konsumenten. Offenbar rückten nach dem Abflauen der geopoliti-

schen Spannungen wieder die fundamentalen Risikofaktoren ins Blickfeld. Hier sind insbesondere die gravierenden Budgetdefizite in einigen, und zwar vor allem den größeren, Ländern des Euro-raums, die anhaltenden makroökonomischen Ungleichgewichte in den USA sowie die latente Gefahr weiterer Terroranschläge zu nennen. Zudem belastete die vom Frühjahr 2002 bis in den Mai dieses Jahres zu beobachtende Aufwertung des Euro die Ertragsersparungen der Exporteure, und die Hersteller im Euroraum gerieten zunehmend unter Importkonkurrenz. Die negativen Wirkungen wurden dadurch abgemildert, dass der erstarkte Euro die Entwicklung der Importpreise dämpfte, wodurch die Produzenten auf der Kostenseite entlastet wurden.

Die Verringerung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Anbietern insbesondere aus dem Dollarraum dürfte, ebenso wie die geopolitischen Unsicherheiten, dazu beigetragen haben, dass die Unternehmen zu Jahresbeginn ihre Investitionen wieder einschränkten. Hier war es im vorangegangenen halben Jahr nach einem seit Anfang 2001 anhaltenden Rückgang zu einer Stabilisierung gekommen.

Im späteren Verlauf dieses Jahres und im nächsten Jahr wird die weltwirtschaftliche Erholung aber allmählich auf den Euroraum übergreifen. Auch unterstellt die vorliegende Prognose, dass es bis Ende 2004 nicht zu einer erneuten deutlichen Aufwertung des Euro kommen wird. Die mit der graduellen Verbesserung des außenwirtschaftlichen Umfeldes einhergehende Aufhellung der Absatz- und Ertragsaussichten wird die Unternehmen veranlassen, wieder stärker zu investieren. Gedämpft wird die Entwicklung der Investitionen dadurch, dass sich aufgrund der schwachen gesamtwirtschaftlichen Nachfrage die Kapazitätsauslastung zurzeit auf einem niedrigen Niveau befindet. Dies wird sich im Prognosezeitraum nicht grundlegend ändern. Profitieren wird die Sachkapitalbildung davon, dass sich durch die Investitionsschwäche in den vergangenen zwei Jahren ein Erneuerungsbedarf aufgestaut hat. Zudem befinden sich die kurzfristigen Zinssätze im Euroraum nach den Zinssenkungen durch die Europäische Zentralbank auf einem im historischen Vergleich niedrigen Niveau. Aufgrund der geringen kurzfristigen Zinssätze sowie wegen der konjunkturellen Schwäche sind auch die Kapitalmarktzinsen derzeit niedrig. An den Aktienmärkten hat nach dem Ende des Irak-Krieges eine Erholung eingesetzt. Insgesamt können die Finanzierungs-

bedingungen somit als günstig eingestuft werden. Die Finanzpolitik im Euroraum als Ganzem wird im Prognosezeitraum weitgehend neutral ausgerichtet sein. Die Veränderung des aggregierten Budgetdefizits wird daher durch konjunkturelle Einflüsse bestimmt.

Da die Exporte nur wenig steigen und die Importe aufgrund der Aufwertung des Euro gegenüber seinem Stand im Vorjahr vor allem in diesem Jahr stärker zunehmen werden, als es wegen der schwachen Binnennachfrage angezeigt wäre, werden die rückläufigen Nettoexporte den Anstieg des Bruttoinlandsprodukts bremsen. Im kommenden Jahr wird sich dieser Effekt deutlich abschwächen, und der Wachstumsbeitrag der Außenwirtschaft wird nahezu null sein.

Tabelle 3:
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose für den Euroraum in den Jahren 2003 und 2004 - in Preisen von 1995 -

	2002	2003	2004
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Bruttoinlandsprodukt	0,8	0,8	1,7
Private Konsumausgaben	0,5	1,1	1,3
Staatskonsum	2,7	2,1	1,9
Anlageinvestitionen	-2,6	-0,4	2,8
Außenbeitrag ^a	0,6	-0,5	-0,1
Verbraucherpreise ^b	2,3	2,1	1,8
	<i>in % des nominalen BIP</i>		
Finanzierungssaldo ^c	-2,2	-2,6	-2,5
Schuldenstand	69,2	70,2	70,2
	<i>in % der Erwerbspersonen</i>		
Arbeitslosenquote ^d	8,4	9,0	9,2

^a Veränderung des Außenbeitrages gegenüber dem Vorjahr in % des realen Bruttoinlandsprodukts des Vorjahres. - ^b Harmonisierter Verbraucherpreisindex. - ^c Gesamtstaat. - ^d Standardisiert.

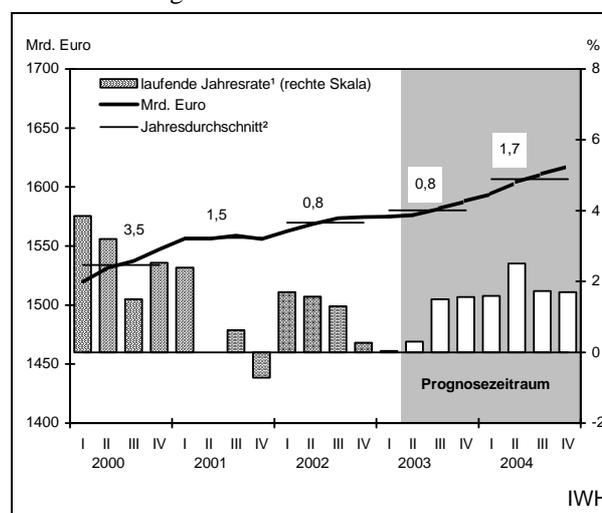
Quellen: Eurostat; EU-Kommission; Berechnungen des IWH; ab 2003: Prognose des IWH (Stand: 07. Juli 2003).

Die anhaltende Konjunkturschwäche hat inzwischen deutliche Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen. Im Verlauf des vergangenen Jahres kam der Beschäftigungsaufbau zum Erliegen, und die Arbeitslosigkeit nahm zu. Mit 8,4% lag die standardisierte Arbeitslosenquote im Durchschnitt des Jahres 2002 knapp einen halben Prozentpunkt höher als ein Jahr zuvor. In der ersten Hälfte des laufenden Jahres stieg die Arbeitslosigkeit weiter. Aufgrund der nur verhaltenen wirtschaftlichen Entwicklung ist erst im späteren Verlauf des kommenden Jahres mit einer Tendenzwende und einem

zögerlichen Anstieg der Beschäftigung zu rechnen. Im Jahresdurchschnitt wird sich die Arbeitslosenquote sowohl 2003 als auch 2004 erhöhen.

Mit der, wenn auch verhalten, anziehenden Konjunktur wird die Arbeitsproduktivität wieder zunehmen, nachdem sie im vergangenen Jahr stagnierte. Da zudem in diesem und im kommenden Jahr die Löhne weniger kräftig steigen dürften als zuvor, wird sich der Anstieg der Lohnstückkosten abschwächen. Damit wird sich die zuletzt angespannte Gewinnsituation der Unternehmen verbessern.

Abbildung 2:
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum - Saisonbereinigter Verlauf -



¹⁾ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet. - ²⁾ Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des IWH; ab 2. Quartal 2003: Prognose des IWH.

Die geringere Zunahme der Lohnstückkosten wird zu einer Rückbildung der Preissteigerungsrate beitragen. Diese Tendenz wird durch die Aufwertung des Euro gegenüber seinem Stand im Vorjahr sowie den Rückgang der Ölpreise nach dem Ende des Irak-Krieges gestützt. Mit einer Inflationsrate von 1,8% dürfte im kommenden Jahr das Stabilitätsziel der Europäischen Zentralbank erreicht werden. Die mit der geringeren Teuerung einhergehende Stützung der Realeinkommen wird, in Verbindung mit der allmählichen Verbesserung der Arbeitsmarktperspektiven, den Konsum der privaten Haushalte anregen.

Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt 2003 um 0,8% und 2004 um 1,7% zunehmen.

Konjunktur in Deutschland

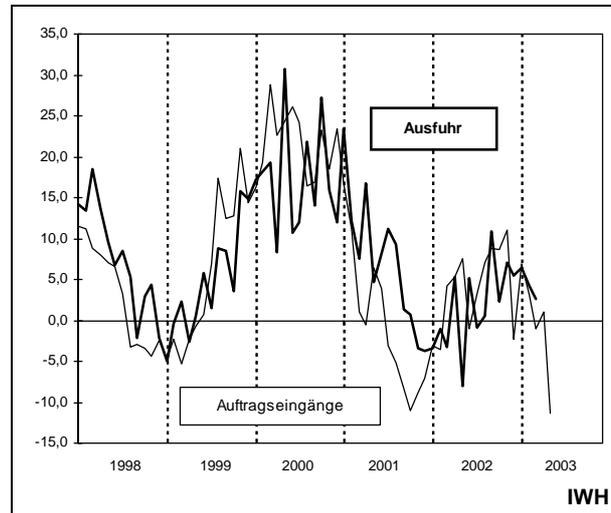
Exportdynamik zunächst noch verhalten

Nach dem Ende des Irak-Krieges und der Eindämmung von SARS hat die allgemeine Unsicherheit etwas nachgelassen, und es zeichnen sich wieder günstigere weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen ab. Allerdings wird es noch eine Zeit dauern, bis sich die Weltkonjunktur insgesamt gefestigt hat und der Welthandel stärkere Impulse erhält. Für die deutsche Exportwirtschaft bedeutet das zunächst noch eine Fortsetzung der bereits seit dem späten Herbst vergangenen Jahres anhaltenden schwachen Entwicklung bis weit in das Jahr 2003 hinein. Die Warenausfuhren gingen in den ersten vier Monaten dieses Jahres gegenüber dem Zeitraum September bis Dezember 2002 sogar nominal zurück (-1,7%), und die Auslandsorders zeigen für die nächsten Monate keine Besserung der Situation an.

Maßgeblich für die nachlassende Exportdynamik ist vor allem die Investitionsschwäche bei den Haupthandelspartnern Deutschlands in Westeuropa. Dies schränkte vor allem die Nachfrage nach Maschinen und Anlagen ein, die einen Schwerpunkt der deutschen Exportindustrie bilden. Außerdem hat die Aufwertung des Euro gegenüber seinem Vorjahresstand die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exportgüter insbesondere im Dollarraum verschlechtert, sodass z. B. die Lieferungen in die Vereinigten Staaten rückläufig waren. Insgesamt notierte der Euro gegenüber dem US-Dollar im Durchschnitt des Monats Mai dieses Jahres um gut 25% höher als im Mai 2002. Allerdings hat sich die Situation nicht so drastisch verschlechtert, wie es auf den ersten Blick erscheint. Hier ist der Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit aussagefähiger, der die Preisentwicklung in Deutschland in Relation zu den Preisen ausländischer Konkurrenten unter Berücksichtigung von Wechselkursänderungen misst. Darüber hinaus gehen die Kurse handelsgewichtet in den zusammenfassenden Indikator ein, sodass der regionalen Struktur deutscher Exporte Rechnung getragen wird. Dieser Indikator zeigt für Mai nur eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Vorjahresmonat von 7% an, was damit zu erklären ist, dass der Großteil der deutschen Exporte in den Euro-Raum geliefert wird und so von nominalen Wechselkursschwankungen verschont bleibt. Aber auch wenn der Aufwertungseffekt für die deutschen Unternehmen

nicht in vollem Umfang wirksam wird, so belastet die ungünstige Konstellation von Euro-Aufwertung und geringer Expansion der Außenmärkte zunächst noch die deutsche Exportkonjunktur.

Abbildung 3:
Auftragseingang aus dem Ausland und Warenausfuhr (Spezialhandel) in jeweiligen Preisen
- Veränderung gegenüber Vorjahresmonat in % -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

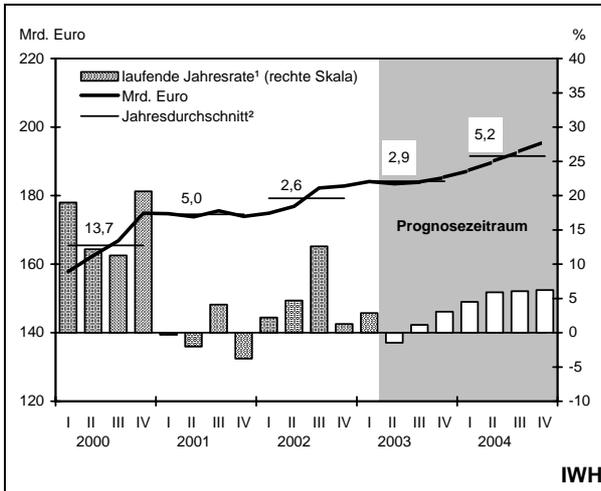
Im Zuge der konjunkturellen Belebung in den Vereinigten Staaten und in Europa wird die Exportdynamik im späteren Verlauf des Prognosezeitraumes allmählich wieder zunehmen. Bis zum Jahresende 2003 wird der Aufwertungseffekt noch dämpfend nachwirken. Die vorliegende Prognose unterstellt, dass die Stabilisierung des Euro-Dollar-Kurses seit Juni dieses Jahres bis Ende 2004 anhalten wird. Steigende Nachfrage und Produktion in den EU-Ländern sowie der anhaltende Ausbau der Handelsbeziehungen mit den mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittsländern werden zu einem zügigen Ausfuhrzuwachs beitragen. Die Exporte werden im Jahr 2003 mit einer Rate von 2,9% zunehmen. Im Jahr darauf wird der Anstieg 5,2% betragen (ohne Arbeitstageeffekt: 4%).

Im Gegensatz zu den rückläufigen Warenexporten nahmen die Warenimporte in den ersten vier Monaten dieses Jahres gegenüber der Vorperiode geringfügig zu. Anregend dürften hier sowohl eine stärkere Bevorratung im Zusammenhang mit dem Irak-Konflikt als auch die Verbilligung von Importwaren infolge der Euro-Aufwertung gewesen sein. Die preisdämpfenden Aufwertungseffekte werden noch etwas nachwirken und die Importentwicklung stützen. Weitere Impulse dürften im späteren Verlauf des Prognosezeitraumes

von der Belebung der Inlandsnachfrage und den aufwärts gerichteten Exporten kommen.

Alles in allem wird mit einem Anstieg der realen Importe im Jahr 2003 von 5,3% und im Jahr 2004 von 5,8% gerechnet (ohne Arbeitstageffekt: 4,6%).

Abbildung 4:
Reale Exporte von Waren und Dienstleistungen
- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



¹⁾ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet. – ²⁾ Ursprungswerte: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab 2. Quartal 2003: Prognose des IWH.

Tabelle 4:
Exporte und Importe Deutschlands an Waren und Dienstleistungen
- in Preisen von 1995 -

	2002	2003	2004
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Exporte	2,6	2,9	5,2
Importe	-2,1	5,3	5,8
	<i>in % des BIP</i>		
Exporte	36,0	37,0	38,3
Importe	31,2	32,9	34,2
	<i>Außenbeitrag</i>		
Mrd. Euro	94,0	81,6	82,2
in % des BIP	4,7	4,1	4,1

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2003: Prognose des IWH.

Investitionsschwäche wird nicht nachhaltig überwunden

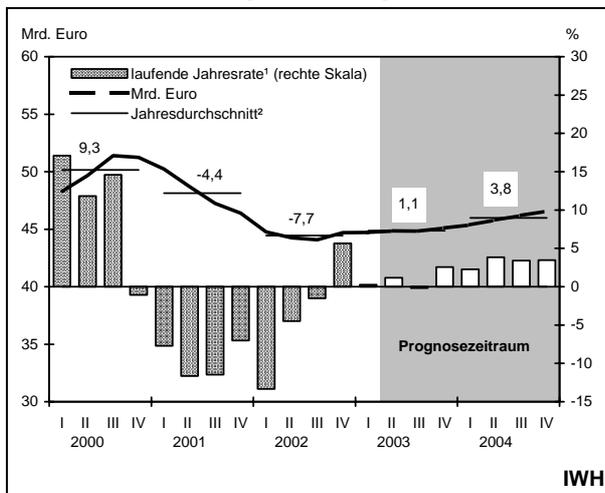
Nach dem konjunkturellen Höhepunkt im Jahr 2000 waren die Ausrüstungsinvestitionen zwei Jahre hindurch rückläufig. Anschließend kam es zu einer Stabilisierung auf niedrigem Niveau. Offen-

sichtlich hatte sich durch die vorangegangene Investitionsschwäche ein Erneuerungsbedarf aufgebaut, sodass die Käufe neuer Maschinen, Geräte und Fahrzeuge bis zur Jahresmitte 2003 etwas zunehmen.

Für den Prognosezeitraum bestehen Aussichten auf eine Belebung der Investitionstätigkeit. Die Entwicklung wird aber verhalten bleiben. Im späteren Verlauf dieses Jahres werden sich im Zuge der weltwirtschaftlichen Erholung die Absatzperspektiven der Unternehmen aufhellen. Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage wird jedoch nicht nachhaltig anziehen, sodass die Kapazitätsauslastung bis Ende des kommenden Jahres auf einem niedrigen Niveau verharren wird. Von dieser Seite besteht mithin kein Anlass zu einer Ausweitung der Kapazitäten. Zudem wurde die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen durch die Aufwertung des Euro gegenüber seinem Vorjahresstand beeinträchtigt. Dieser Effekt wird nur allmählich abklingen.

Die Erholung der Aktienmärkte seit ihrem Tiefstand im März deutet auf eine Verbesserung der Gewinnerwartungen hin. Dazu trägt eine sich abzeichnende Entlastung der Unternehmen auf der Kostenseite bei. So steigen die Lohnstückkosten in diesem Jahr nur wenig, und im kommenden Jahr werden sie stagnieren. Damit vergrößert sich der Spielraum für die Finanzierung der Sachkapitalbildung. In diese Richtung wirken auch die insgesamt günstigen monetären Rahmenbedingungen. In Deutschland sind die Finanzierungsbedingungen jedoch weniger günstig als im Euroraum als Ganzem, da sich hierzulande einige Banken bei der Kreditvergabe zurückhalten. Mit dem geplanten Vorziehen der ursprünglich für 2005 vorgesehenen Stufe der Steuerreform sollen die Einkommensteuersätze gesenkt und somit die Gewinnaussichten gestärkt werden. Dadurch verbessern sich zwar die Möglichkeiten der Eigen- und Fremdfinanzierung von Investitionen. Infolge anderer steuerlicher Maßnahmen (Einführung einer Mindeststeuer, Begrenzung von Verlustanrechnungsmöglichkeiten u. a.) zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte wird es jedoch zu Mehrbelastungen der Unternehmen kommen, die letztlich deren Investitionsnachfrage dämpfen werden. Außerdem dürften die Unternehmen die aus Steuersenkungen frei werdenden Mittel wegen der geringen Auslastung der Kapazitäten zunächst für eine Rückführung der Verschuldung nutzen und erst dann verstärkt investieren, wenn sich eine nachhaltige Belebung der Nachfrage abzeichnet. Damit ist bis Ende kommenden Jahres nicht zu rechnen.

Abbildung 5:
 Reale Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen
 - Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



¹⁾ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet. – ²⁾ Ursprungswerte: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab 2. Quartal 2003: Prognose des IWH.

Tabelle 5:
 Anlageinvestitionen in Deutschland
 - Veränderung gg. Vorjahr in %, in Preisen von 1995 -

	2002	2003	2004
Ausrüstungsinvestitionen	-9,4	1,0	4,0
Sonstige Anlagen	2,5	1,8	2,8
Bauinvestitionen	-5,9	-2,5	-0,2
Wohnbauten	-5,9	-2,5	0,5
Nichtwohnbauten	-5,8	-2,4	-1,1
Gewerbliche Bauten	-5,3	-3,2	0,0
Öffentliche Bauten	-7,1	-0,5	-3,6
Anlageinvestitionen insgesamt	-6,7	-0,9	1,7

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2003: Prognose des IWH.

Insgesamt stehen somit im Prognosezeitraum eher günstige Finanzierungsbedingungen einer schwachen gesamtwirtschaftlichen Nachfrage gegenüber. Alles in allem dürften die Ausrüstungsinvestitionen in diesem Jahr um 1% und 2004 um 4% (ohne Arbeitstageffekt: 2,4%) expandieren.

Seit dem Ende des Booms im Informationstechnologie-Sektor entwickeln sich die Investitionen in sonstige Anlagen nur verhalten. Diese Tendenz dürfte im Prognosezeitraum anhalten. Aufgrund der kurzen Investitionszyklen bei Computersoftware, dem wichtigsten Teilbereich der sonstigen Anlagen, besteht hier jedoch ein kontinuierlicher Erneuerungsbedarf. Daher kann sowohl für

2003 als auch für 2004 mit einem moderaten Anstieg gerechnet werden. Die hohen Zuwachsraten der späten neunziger Jahre werden jedoch in absehbarer Zeit nicht wieder erreicht werden.

Bauinvestitionen: Abwärtstrend hält an

Die Talfahrt der Bauinvestitionen hat sich – nach kurzer Unterbrechung im zweiten Halbjahr 2002 – zuletzt fortgesetzt. Die stockende Wirtschaftsentwicklung, die wachsende Verschuldung der öffentlichen Haushalte und die eingetrübten Erwartungen von Unternehmen und Konsumenten haben zu einer Verfestigung der Investitionszurückhaltung im Baubereich geführt. Die Schwäche am Bau hält auch im Prognosezeitraum an. Sie wird allerdings gemildert von einigen noch laufenden Maßnahmen zur Beseitigung der Flutschäden im Infrastrukturbereich, den nach der geplanten Abschaffung der Eigenheimzulage vorgezogenen Investitionsentscheidungen privater Haushalte und den durch Zinsvergünstigungen angeregten Modernisierungsaktivitäten im Wohnungsbau. Allerdings dürften die vorgesehenen steuerlichen Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte die Investitionsaktivitäten konterkarieren.

Konjunkturindikatoren – wie Auftragseingänge und Baugenehmigungen – signalisieren, dass die schwache Investitionsneigung vor allem der *gewerblichen Wirtschaft* noch einige Zeit anhalten wird. Angesichts hoher Angebotsüberhänge bleiben die Renditeaussichten bei vermieteten Immobilien weiter stark unter Druck. Dies zeigt sich vor allem im Büro- und Einzelhandelssegment. Erst zum Ende des nächsten Jahres werden die Impulse im Wirtschaftsbau bei wieder anziehenden Absatz- und Ertragsaussichten in der gewerblichen Wirtschaft sowie niedrigen Zinsen an Boden gewinnen. Freilich wird sich die Expansion auf Westdeutschland konzentrieren und wegen der nur schwachen gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und der dämpfenden Wirkung der Steuerrechtsänderungen für Unternehmen eher verhalten bleiben. Bei anhaltenden Rückgängen im Wirtschaftsbau Ostdeutschlands bedeutet dies für das nächste Jahr eine Stagnation in Deutschland, nach -3,2% in diesem Jahr.

Auch im *Wohnungsbau* wird die Schwäche nicht überwunden. Insbesondere hält die rückläufige Entwicklung im Mehrfamilienhaussegment an. Verantwortlich dafür ist das Überangebot an Wohnraum in regionalen Teilmärkten Ost- und Westdeutschlands. Auch die moderate Mietentwicklung stützt derzeit immer noch die These, dass mit Aus-

nahme einiger westdeutscher Ballungszentren die vorhandenen Wohnraumbestände ausreichen, um die Nachfrage zu decken; zumal sich diese wegen der weit verbreiteten Unsicherheiten hinsichtlich Arbeitsplatz und Einkommen extrem verhalten entwickelt. Darüber hinaus dürften die Steuerrechtsänderungen im Unternehmensbereich, von denen auch die Wohnungsunternehmen betroffen sind, dämpfend wirken. Die allgemein abwärtsgerichtete Tendenz im Wohnungsbau wird im Prognosezeitraum allerdings durch das Vorziehen von Bauvorhaben privater Haushalte wegen der geplanten Abschaffung der Eigenheimzulage³ und durch das seit Frühjahr 2003 wirkende KfW-Kreditprogramm zur Wohnraummodernisierung abgemildert. Dazu tragen auch die günstigen Hypothekenzinsen und die niedrigen Baupreise⁴ bei. Die Wohnungsbauinvestitionen insgesamt schrumpften in diesem Jahr um 2,5%, im nächsten Jahr ergibt sich ein Anstieg um 0,5%.

Die *öffentlichen Bauinvestitionen* werden im Prognosezeitraum weiter abnehmen. Zwar werden in diesem Jahr einige infrastrukturelle Wiederaufbaumaßnahmen in flutgeschädigten Gebieten Ostdeutschlands positiv zu Buche schlagen, den negativen Trend können sie angesichts des Konsolidierungsdrucks der öffentlichen Haushalte aber nicht aufhalten. Die geringen Steuereinnahmen im Gefolge der nur schwachen konjunkturellen Entwicklung werden auch im nächsten Jahr die Finanzierungsspielräume der öffentlichen Hand deutlich einschränken. Da einer Kreditaufnahme enge Grenzen gesetzt sind, werden die im KfW-Infrastrukturprogramm vorgesehenen Zinsvergünstigungen keine Anstöße auslösen. Um dem drohenden Verfall der Infrastruktur entgegenzuwirken, werden zwar zunehmend Public-Private-Partnership-Modelle akzeptiert. Ihre Umsetzung befindet sich aber erst in den Anfängen und benötigt in aller Regel lange Planungs- und Vorbereitungsphasen.

Insgesamt werden die Bauinvestitionen in diesem Jahr mit 2,5% nochmals merklich zurückgehen, für das nächste Jahr zeichnet sich mit -0,2% – vor allem wegen der höheren Zahl von Arbeitstagen – ein deutlich geringerer Rückgang ab (ohne Arbeitstageeffekt: -1,8%).

³ Da nach den Planungen der Bundesregierung Bauherren in den Genuss der bisherigen Eigenheimzulage kommen, wenn sie bis 31. Dezember 2003 den Antrag auf Baugenehmigung gestellt haben, werden sich die Vorzieheffekte auf einen Zeitraum von mehreren Jahren verteilen.

⁴ Die Baupreise im Wohnungsbau liegen trotz zuletzt leichter Erhöhung derzeit nur geringfügig über dem Niveau von 1995.

Tabelle 6:
Regionale Entwicklung der Bauinvestitionen
- Veränderung gg. Vorjahr in %, in Preisen von 1995 -

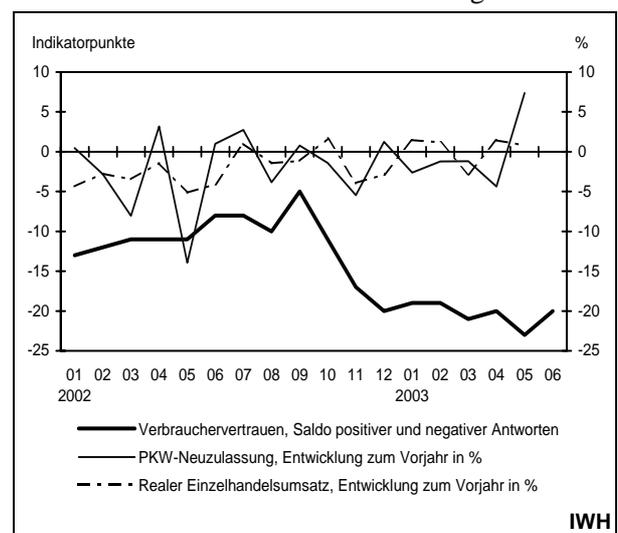
	2002	2003	2004
Westdeutschland	-4,7	-2,2	0,8
Wohnbauten	-4,7	-2,2	1,4
Nichtwohnbauten	-4,7	-2,1	-0,2
Ostdeutschland	-10,4	-3,6	-4,2
Wohnbauten	-12,6	-4,0	-5,0
Nichtwohnbauten	-8,6	-3,3	-3,6

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2003: Prognose des IWH.

Konsumimpulse durch Steuerreform

Die konjunkturelle Grundtendenz des privaten Konsums blieb in der ersten Hälfte dieses Jahres schwach. Viele Haushalte hielten sich wohl wegen des Risikos des Arbeitsplatzverlustes mit Ausgabensteigerungen zurück. Sondereffekte wie die lange Frostperiode und eine erhöhte Bevorratung mit Heizöl führten jedoch zu außergewöhnlich hohen Energieausgaben der privaten Haushalte. Dies ließ die Konsumausgaben im ersten Quartal 2003 mit einer Jahresrate von 2,5% unerwartet kräftig expandieren. Zwar deuteten das leicht aufgehellte Verbrauchervertrauen und das ruhige Preisklima auf eine positive Entwicklung hin, aber nicht in diesem Ausmaß; zumal die Arbeitseinkommen nach Abzug der angehobenen Sozialversicherungsbeiträge stagnierten.

Abbildung 6:
Entwicklung von Verbrauchervertrauen, Einzelhandelsumsatz und PKW-Neuzulassungen



Quellen: Statistisches Bundesamt; EU-Kommission.

Im zweiten Quartal konnte der private Konsum diese starke Dynamik nicht aufrecht erhalten. Die schwache Grundtendenz gewann wieder Oberhand, und das Verbrauchervertrauen pendelte weiterhin auf sehr niedrigem Niveau. Der Umsatz im Einzelhandel sowie die PKW-Neuzulassungen waren aber wieder aufwärtsgerichtet. Der geringe Preisanstieg hat die privaten Konsumausgaben gestützt.

In der zweiten Jahreshälfte ist mit keinem deutlichen Anziehen des privaten Konsums zu rechnen. Im Gefolge der allgemeinen Konjunkturerholung kommt es erst zum Jahresende zu einer leichten Aufwärtsbewegung der Konsumausgaben.

Der im zweiten Halbjahr andauernde, wenn auch abgeschwächte, Abbau der Beschäftigung lässt die Summe der Bruttolöhne und -gehälter nur geringfügig steigen. Die Nettolöhne und -gehälter legen aufgrund der höheren Beitragssätze zur Renten- und Krankenversicherung kaum zu.

Die von den privaten Haushalten empfangenen monetären Sozialleistungen nehmen in diesem Jahr deutlich langsamer als im Vorjahr zu. Zwar steigt konjunkturell bedingt die Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld und -hilfe, aber die Regelungen für die Berechnung der Arbeitslosenhilfe wurden drastisch verschärft. Zudem fiel die Rentenanpassung zur Jahresmitte schwächer aus als 2002. Die Selbständigen- und Vermögenseinkommen dürften nach dem Rückgang im Vorjahr infolge der konjunkturellen Belebung wieder ansteigen.

Alles in allem nehmen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte mit 1,9% fast doppelt so stark wie im Vorjahr zu; real bleibt bei sehr niedrigem Preisanstieg ein Zuwachs von 1%. Im gleichen Tempo entwickeln sich die privaten Konsumausgaben, und die Sparquote stagniert.

Im Jahr 2004 werden die Konsumausgaben und die Ersparnis der privaten Haushalte durch die erwarteten Steuerentlastungen der zweiten und dritten Stufe der „Steuerreform 2000“⁵ spürbar stimuliert. Einen zusätzlichen Impuls erhalten die Arbeitseinkommen durch das Auslaufen des Beschäftigungsabbaus zur Jahresmitte. Da die Rentenversicherungs- und Krankenversicherungsbeiträge konstant gehalten werden sollen, kommt die sinkende Lohnsteuer voll in steigenden Nettolöhnen zum Tragen. Diese Wirkung wird nur geringfügig durch den

Abbau von Steuervergünstigungen für private Haushalte wie die Kürzung der Entfernungspauschale geschmälert. So expandieren die Nettolöhne und -gehälter mit 4,9% weit überdurchschnittlich. Diese Zuwachsrate erreichten sie seit 1993 nicht mehr.

Tabelle 7:
Verfügbares Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte^a in Deutschland
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -

	2002	2003	2004
Verfügbares Einkommen, nominal	1,0	1,9	3,5
darunter:			
Nettolöhne und -gehälter	0,2	0,3	4,9
Monetäre Sozialleistungen	4,8	2,4	1,5
Selbständigen-, Vermögenseink.	-2,3	3,2	4,0
Sparen	4,4	1,7	6,0
Private Konsumausgaben, nominal	0,8	2,0	3,2
<i>Nachrichtlich:</i>			
Bruttolöhne und -gehälter	0,8	0,8	2,2
Sparquote (in %)	10,4	10,4	10,6
Preisindex des privaten Konsums	1,4	0,9	1,2
Private Konsumausgaben, real	-0,6	1,0	2,0

^a Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2003: Prognose des IWH.

Die monetären Sozialleistungen entwickeln sich deutlich schwächer als 2003. Insbesondere die zu erwartenden Einsparungen in der Rentenversicherung und die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe führen bei gleichzeitiger Zunahme der Zahl der Empfänger dieser Leistungen zu einem verlangsamten Anstieg der Transferzahlungen.

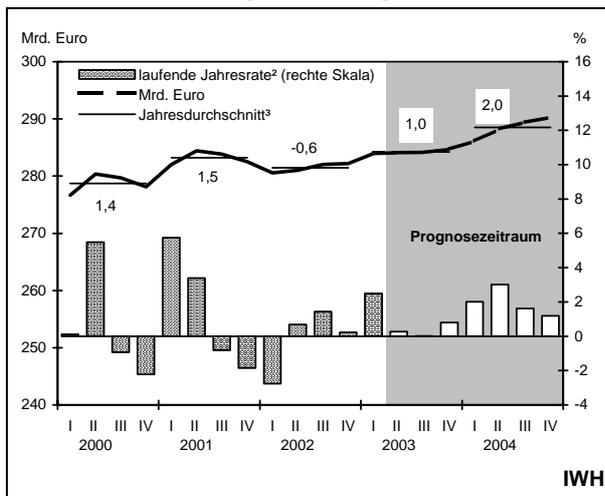
Die Gewinnentnahmen der Selbständigen expandieren infolge der Steuerreform und der aufgehellten konjunkturellen Lage verstärkt.

Alles in allem dürften im Jahr 2004 die verfügbaren Einkommen mit 3,5% spürbar zulegen.

Der private Konsum dürfte sich im Verlauf des Jahres 2004 nach einem deutlichen Anstieg in den ersten beiden Quartalen infolge der Steuerreform stabil weiterentwickeln. Da die steuerlichen Entlastungen zum großen Teil Haushalte mit überdurchschnittlicher Sparquote betreffen, dürfte ein Teil der zusätzlichen verfügbaren Einkommen vermehrt in die Ersparnis fließen und die Sparquote ansteigen lassen. Somit expandieren die privaten Konsumausgaben mit 3,2% nicht im gleichen Ausmaß wie die verfügbaren Einkommen. Das ruhige Preisklima lässt den privaten Konsum real mit 2% (ohne Arbeitstageeffekt mit 1,5%) kräftig ansteigen.

⁵ Der Grundfreibetrag wird von 7 235 Euro auf 7 664 Euro angehoben, der Eingangsteuersatz wird von 19,9% auf 15% gesenkt, und der Spitzensteuersatz wird von 48,5% auf 42% verringert. Die Wirtschaft wird insgesamt um 21,8 Mrd. Euro entlastet.

Abbildung 7:
 Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte¹
 - Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



¹⁾ Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet. – ³⁾ Ursprungswerte: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab 2. Quartal 2003: Prognose des IWH.

Preisniveau stabil

Im Januar 2003 kam es durch Sonderfaktoren wie die Anhebung der Mineralöl-, der Strom- sowie der Tabaksteuer⁶ und durch die kräftige Verteuerung von Heizöl und Kraftstoffen infolge der Preiserhöhung von Rohöl zu einem deutlichen Anstieg des Verbraucherpreisindex um saisonbereinigt 0,4% zum Vormonat. In den Folgemonaten hat sich der Preisniveauanstieg kontinuierlich abgeschwächt. Er ist sogar seit April im saisonbereinigten Vormonatsvergleich leicht negativ. Im Vorjahresvergleich betrug die Steigerungsrate im Mai nur noch 0,7%. Dazu trugen die kräftige Preissenkung von Heizöl und Benzin im Gefolge der spürbaren Verbilligung von Rohöl wie auch der Rückgang der Preise für importierte Rohstoffe und Güter aufgrund der merklichen Euroaufwertung bei. Auch ging von den Nahrungsmitteln in diesem Frühjahr kein Druck auf die Preise aus, lediglich saisonabhangige Waren und insbesondere Dienstleistungen waren in der ersten Jahreshälfte etwas teurer als im Vorjahr. Im ersten Halbjahr

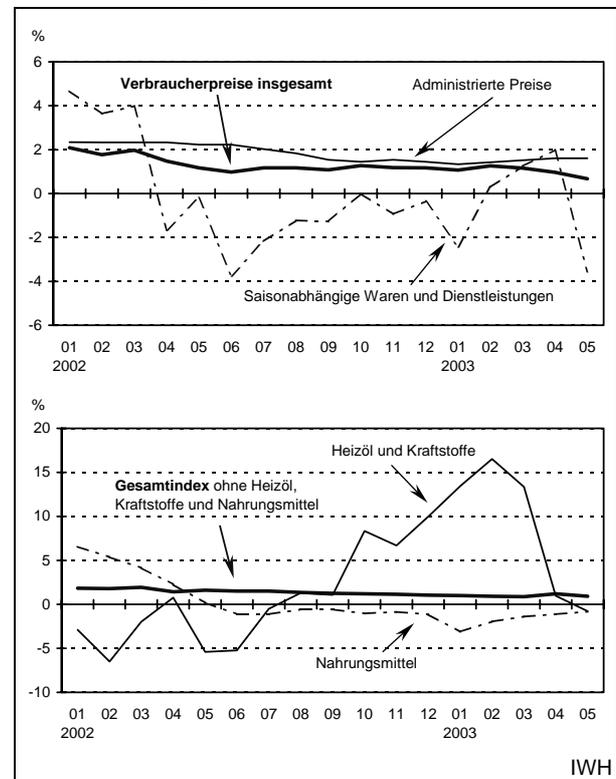
⁶ Zum 1. Januar 2003 wurden die Steuern auf Kraftstoffe (Normal, Super und Diesel) um drei Cent je Liter und auf Strom um 0,25 Cent je Kilowattstunde angehoben. Ebenfalls wurde infolge der Erhöhung der Ausgaben für die nationale Sicherheit die Tabaksteuer um einen Cent pro Zigarette erhöht.

2003 stiegen die Verbraucherpreise im Vorjahresvergleich durchschnittlich um 1%.

Im weiteren Verlauf dieses Jahres werden die Verbraucherpreise nahezu stabil bleiben, und die Teuerung wird am Ende 2003 im Vergleich zum Vorjahresmonat bei 0,7% liegen. Der unterstellte stabile Ölpreis im zweiten Halbjahr wirkt nur noch über den statistischen Basiseffekt schwach dämpfend auf die Teuerungsrate, und die Euroaufwertung ruft über niedrigere Preise für importierte Rohstoffe und Materialien für die Konsumgüterproduktion weiterhin leichte Preissenkungen hervor. Die – wengleich geringe – Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten könnte in Verbindung mit der konjunkturellen Belebung im vierten Quartal und der sich damit erweiternden Spielräume zur Preisberwlung zu einem leichten Preisanstieg führen.

Alles in allem wird sich der Verbraucherpreisindex 2003 mit durchschnittlich 0,9% – einen halben Prozentpunkt niedriger als im Vorjahr – erhöhen. Dabei wird beim Rohöl von einem mittleren Preis von 27 US-Dollar je Barrel ausgegangen.

Abbildung 8:
 Entwicklung des Verbraucherpreisindex und ausgewählter Komponenten
 - Veränderung gegenüber Vorjahr in % -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Im Jahr 2004 bleibt das Preisklima ruhig. Die Teuerungsrate dürfte aber wieder über 1% liegen, da allein aus der unterstellten Erhöhung der Tabaksteuer zum 1. Januar und zum 1. Oktober 2004 mit einem Anstieg der Rate um insgesamt 0,3 Prozentpunkte zu rechnen ist. Hinzu kommen erwartete Preiserhöhungen für Gesundheitsgüter durch die Ausweitung der Selbstbeteiligung der Patienten. Dagegen dürften vom nahezu stabilen Ölpreis und von konstanten Lohnstückkosten keine Erhöhungsimpulse auf die Teuerung ausgehen. Der Verbraucherpreisindex dürfte im Jahresdurchschnitt um 1,2% zunehmen.

Das Risiko einer Deflation, also eines fortgesetzten Rückgangs des allgemeinen Preisniveaus, ist gering. Gegen ein solches Szenario sprechen die expansiven monetären Rahmenbedingungen, also die stark zunehmende Liquiditätsausstattung und die niedrigen Realzinsen im Euroraum. Selbst ein für einige Monate leicht sinkender Preisindex wäre noch keine hinreichende Voraussetzung für eine deflationäre Abwärtsspirale aus fallender gesamtwirtschaftlicher Nachfrage und stetig fallenden Preisen: Wegen des außergewöhnlich niedrigen Zinsniveaus wäre auch dann ein Aufschub von Ausgaben in die Zukunft deutlich weniger vorteilhaft als in Zeiten durchschnittlicher Realzinsen. Zudem hilft Deutschland die starke Integration in den Euroraum: Die besonders schwache Preisentwicklung bringt der deutschen Wirtschaft eine stetige Zunahme an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Partnerländern. Das gegenwärtig geringe Deflationsrisiko würde sich freilich erhöhen, wenn der Finanzsektor – wie schon seit längerem in Japan – die Transmission der monetären Impulse in den realen Sektor nicht mehr leisten könnte, weil der Kreditschöpfungsprozess zum Erliegen kommt. Zwar befinden sich Teile des deutschen Bankensektors tatsächlich in einer Konsolidierungskrise. Deren Tiefpunkt scheint aber im ersten Quartal dieses Jahres durchschritten worden zu sein. Insgesamt hat sich die Lage des deutschen Bankensektors stabilisiert; die Deflationsgefahr ist auch von dieser Seite gering.

Produktion belebt sich erst gegen Ende 2003

Im Wechsel zwischen einem leichten Anstieg und Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion kam es im letzten Winterhalbjahr erneut zu rezessiven Tendenzen. In den ersten drei Monaten dieses Jahres nahm das Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Schlussquartal 2002 um 0,2% ab. Maß-

gebend hierfür war der kräftige Produktionseinbruch im Baugewerbe, der neben der Nachfrageschwäche durch den strengen Winter hervorgerufen wurde. Aber auch im Dienstleistungssektor schrumpften die wirtschaftlichen Aktivitäten. Selbst die Produktion im ansonsten schwankungsresistenten Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister war im ersten Quartal rückläufig. Der Output im Verarbeitenden Gewerbe wurde hingegen mit 1,5% gegenüber dem Vorquartal relativ kräftig ausgedehnt. Die allgemeine Wachstumsschwäche hielt bis in die Gegenwart an. Erst gegen Ende des Jahres 2003 dürfte sich die gesamtwirtschaftliche Produktion im Gefolge der Erholung der Weltkonjunktur etwas beleben. Im Schnitt stagniert das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2003.⁷

In den ersten Monaten des Jahres 2004 werden sich die Anregungen aus der Weltwirtschaft verstärken. Zusätzlich werden Anstöße von den privaten Haushalten kommen, die im Zuge der Steuererleichterungen ihre Konsumausgaben vorübergehend kräftig erhöhen werden. Davon werden vor allem die Produzenten von Gebrauchs- und Verbrauchsgütern profitieren. Auch die Hersteller von Investitionsgütern werden wegen der leicht zunehmenden Investitionstätigkeit einige Impulse erhalten. Die Bauproduktion wird infolge der anhaltenden Nachfrageschwäche – wenn auch mit abnehmender Rate – weiter sinken. Die Dienstleister – insbesondere die unternehmensnahen – werden die Produktion im Zuge der konjunkturellen Belebung im Verarbeitenden Gewerbe wieder verstärkt ausdehnen.

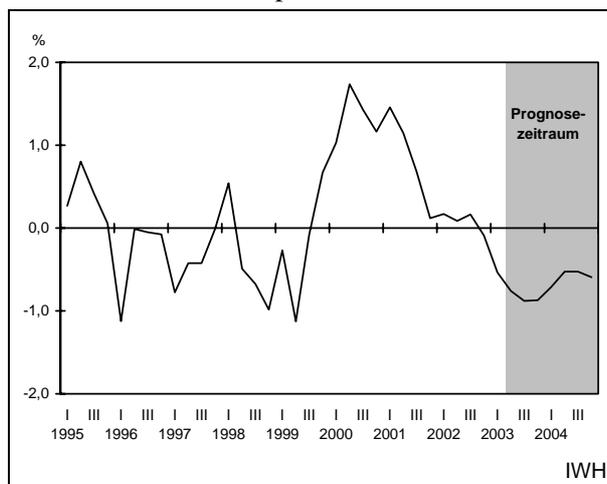
Tabelle 8:
Sektorale Bruttowertschöpfung in Deutschland
- Veränderung gg. Vorjahr in %, in Preisen von 1995 -

	2002	2003	2004
Produzierendes Gewerbe	-1,2	0,3	2,8
darunter:			
Verarbeitendes Gewerbe	-0,3	0,8	3,6
Baugewerbe	-5,8	-3,5	-0,5
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1,2	0,6	2,0
Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister	1,7	0,8	2,1
Öffentliche und private Dienstleister	1,2	-0,3	0,1
Bruttoinlandsprodukt	0,2	0,1	1,7

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2003: Prognose des IWH.

⁷ Gegenüber der Prognose vom März bedeutet dies eine Korrektur um 0,7 Prozentpunkte. Vgl. Anhangstabellen.

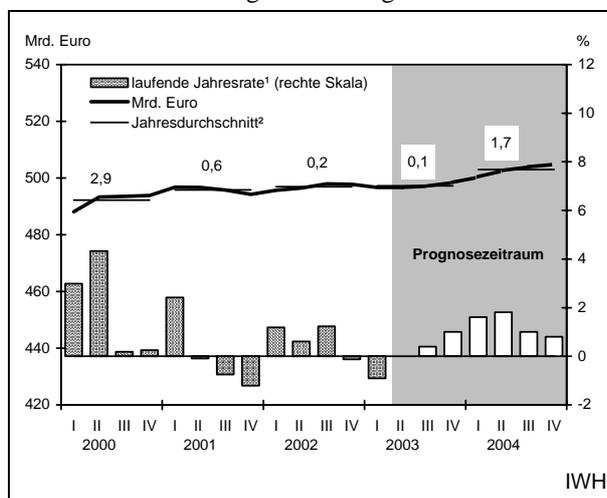
Abbildung 9:
Produktionslücke^a in Deutschland
- in % des Produktionspotenzials -



^a Die Produktionslücke ist der Abstand zwischen der tatsächlichen Produktion und dem Produktionspotenzial. Die Potenzialgröße ergibt sich, indem die tatsächliche Produktion mit dem Hodrick-Prescott Filter geglättet wird. Dabei wird die Ausgangsreihe um saisonale und konjunkturelle Schwankungen bereinigt, sodass die langfristige Komponente der wirtschaftlichen Aktivität sichtbar wird.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Schätzung des IWH; ab 2. Quartal 2003: Prognose des IWH.

Abbildung 10:
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



¹⁾ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet. – ²⁾ Ursprungswerte: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab 2. Quartal 2003: Prognose des IWH.

In der zweiten Hälfte des kommenden Jahres werden die steuerlich induzierten Impulse auslaufen, und die deutsche Wirtschaft wird wieder auf ihren schwachen Wachstumspfad zurückkehren. Trotz der zwischenzeitlichen Belebung wird die Produktionslücke nicht geschlossen werden. Im

Vergleich zum Vorjahr wird das Bruttoinlandsprodukt 2004 zwar um 1,7% höher sein. Rund ein Drittel des Anstiegs entfällt jedoch auf die kalenderbedingt größere Zahl an Arbeitstagen, sodass sich der konjunkturelle Zuwachs mit 1,1% in engen Grenzen halten wird.

Die Schwäche der Inlandsnachfrage lässt im Jahr 2004 nach. Die konjunkturellen Impulse kommen aber in diesem Jahr bisher vorrangig vom Ausland. Nach dem Auslaufen der exportdämpfenden und zugleich importanregenden Aufwertungseffekte des Euro wird der in diesem Jahr negative Beitrag der Außenwirtschaft zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts verschwinden.

Tabelle 9:
Beiträge der Nachfragekomponenten zum Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland
- in Prozentpunkten -

	2002	2003	2004
Konsumausgaben	-0,1	0,8	1,2
Private Haushalte	-0,4	0,6	1,1
Staat	0,3	0,2	0,1
Anlageinvestitionen	-1,4	-0,2	0,3
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-0,8	0,1	0,3
Bauten	-0,7	-0,3	0,0
Vorratsveränderung	0,1	0,1	0,2
Inlandsnachfrage	-1,4	0,7	1,7
Außenbeitrag	1,6	-0,6	0,0
Exporte	0,9	1,0	1,9
Importe	-0,7	1,7	1,9
Bruttoinlandsprodukt ^a	0,2	0,1	1,7

^a Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2003: Prognose des IWH.

Lage am Arbeitsmarkt verschlechtert sich weiter

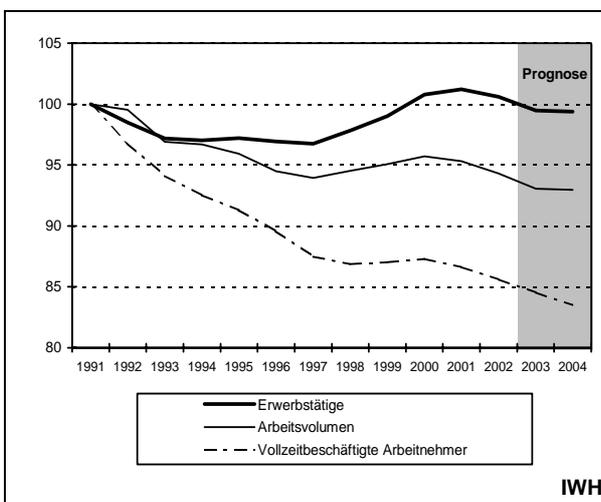
Die Situation auf dem Arbeitsmarkt hat sich weiter verschlechtert. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm im ersten Quartal dieses Jahres – nach Ausschluss von Saisoneinflüssen – um 149 000 Personen bzw. 0,4% gegenüber dem Vorquartal ab.

Besonders stark war weiterhin der Rückgang im Baugewerbe. Sogar im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister, in dem die Beschäftigung seit Anfang der neunziger Jahre fast ununterbrochen zugenommen hatte, wurde der Personalbestand reduziert. Hierzu trugen unter anderem die schlechte Ertragslage bei den Finanzdienstleistern sowie die ungünstige Entwicklung in der IT-Branche bei. Insgesamt hat sich der kräftige

Beschäftigungsabbau im zweiten Quartal dieses Jahres fortgesetzt. Dafür sprechen insbesondere die weitere Zunahme der saisonbereinigten Zahl der registrierten Arbeitslosen um mehr als 100 000 Personen sowie der Rückgang der offenen Stellen um etwa 25 000.

Im Verlauf dieses Jahres wird der Arbeitseinsatz weiter sinken. Das Arbeitsvolumen, d. h. die insgesamt geleisteten Arbeitsstunden, wird im Durchschnitt um 1,3% gegenüber dem Vorjahr abnehmen. Die Zahl der Erwerbstätigen wird allerdings „nur“ um 1,1% sinken. Dies ist zum einen dadurch bedingt, dass sich der Anteil sowohl der herkömmlichen Teilzeitarbeitsplätze als auch der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse am gesamten Arbeitsplatzangebot weiter erhöht. Zum anderen führt der verstärkte Einsatz von Instrumenten zur Flexibilisierung der Arbeitszeiten wie beispielsweise Arbeitszeitkonten dazu, dass in konjunkturellen Schwächephasen Überstunden ausgeglichen werden.

Abbildung 11:
Erwerbstätigkeit und Arbeitsvolumen von 1991 bis 2004 in Deutschland
- 1991 = 100 -



Quellen: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Stand: März 2003); IAB; Berechnungen und Prognose des IWH.

Erst Mitte 2004 wird die Talsohle der Beschäftigung erreicht werden, da dann im Zuge der konjunkturellen Aufwärtsbewegung die Beschäftigungsschwelle überschritten wird (vgl. Kasten 2). Danach wird ein leichter Beschäftigungsaufbau in Gang kommen, der sich allerdings auf Westdeutschland beschränkt und sich dort auf den tertiären Bereich konzentriert. Hingegen werden im Verarbeitenden Gewerbe weniger Beschäftigte tä-

tig sein, da das industrielle Produktionswachstum noch unterhalb der Beschäftigungsschwelle bleiben dürfte. Im Baugewerbe werden wegen der immer noch rückläufigen Produktion weiterhin Arbeitsplätze verloren gehen. Insgesamt wird im Durchschnitt des Jahres 2004 der Beschäftigungsstand in Deutschland mit 38,2 Mio. um etwa 40 000 Personen bzw. 0,1% niedriger sein als im laufenden Jahr.

Die Beschäftigungsentwicklung wird aber auch durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen beeinflusst. In Arbeitsbeschaffungs- und traditionellen Strukturanpassungsmaßnahmen werden in diesem Jahr etwa 135 000 bislang Arbeitslose und damit etwa 45 000 Personen weniger aufgefangen werden als im Vorjahr. Im Jahr 2004 wird die Zahl der in diesen Maßnahmen tätigen Personen nochmals um knapp 50 000 abnehmen. Allerdings wird die Rückführung durch das Beschäftigungsprogramm für Langzeitarbeitslose kompensiert werden.⁸ Durch das Programm werden voraussichtlich 40 000 Personen in diesem und 60 000 im nächsten Jahr in Beschäftigungsgesellschaften tätig sein. Werden die so geförderten Personen dem zweiten Arbeitsmarkt zugerechnet, so finden hier in diesem Jahr 175 000 und im nächsten Jahr 145 000 bislang Arbeitslose Beschäftigung.

Die Beschäftigungswirkungen der von der Hartz-Kommission initiierten Vorschläge zur Reform des Arbeitsmarktes einschließlich der Neuregelung des Niedriglohnbereichs werden im Prognosezeitraum nur gering sein, da diese Maßnahmen erst im Zuge eines kräftigen konjunkturellen Aufschwungs in größerem Umfang greifen können (vgl. Kasten 3).⁹

Die Arbeitslosigkeit stieg zu Beginn des Jahres 2003 sprunghaft und droht sich nun zu verfestigen. Es war wohl ein Punkt erreicht, an dem auch die bislang für die konjunkturelle Wende vorgehaltenen Arbeitnehmer nicht mehr lohnend beschäftigt werden konnten. Die Zahl der registrierten Ar-

⁸ Mit dem Programm „Arbeit für Langzeitarbeitslose“, das Anfang Juli 2003 von der Bundesregierung beschlossen wurde und vom 1. September 2003 bis zum 31. August 2004 laufen wird, sollen die Chancen für 100 000 Langzeitarbeitslose ab 25 Jahren zur Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt durch kommunale Beschäftigungsangebote verbessert werden.

⁹ Bereits im Herbstgutachten 2002 der Wirtschaftsforschungsinstitute wurden die Erwartungen bezüglich der Arbeitsmarktwirkungen der Vorschläge der Hartz-Kommission deutlich gedämpft. Vgl. DIW, HWWA, ifo, IfW, IWH, RWI: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2002, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 14/2002, S. 446 ff.

beitslosen wird in diesem Jahr um 350 000 Personen bzw. 8,6% gegenüber dem Vorjahr steigen. Dies ist insbesondere auf die schwache Produktionsentwicklung zurückzuführen. Bis Mitte 2004 wird die Zahl der registrierten Arbeitslosen – wenn auch abgeschwächt – noch weiter zunehmen. Im Jahresdurchschnitt wird sie mit reichlich 4,4 Mill.

nochmals um 25 000 Personen höher sein als im Jahr 2003. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 10,4%.

Alles in allem ist erst in der zweiten Hälfte des kommenden Jahres mit einer leichten Besserung am Arbeitsmarkt zu rechnen.

Kasten 2:

Beschäftigungsschwellen des Wirtschaftswachstums

Entsprechend dem Verdoorn'schen Gesetz besteht ein stabiler Zusammenhang zwischen der Wachstumsrate der Produktivität $dpro$ und der Wachstumsrate der Produktion dy . Danach entwickelt sich die Produktivität zyklisch zur Produktion. Somit hängt die Beschäftigungswirksamkeit des Wirtschaftswachstums auch vom Produktivitätsfortschritt ab. Durch die Produktivitätsänderung werden die Beschäftigungsreaktionen gedämpft. Aus der Regression

$$dpro = \alpha + \lambda dy$$

mit $0 < \lambda < 1$ lässt sich eine Beschäftigungsschwelle BS ermitteln. Diese definiert einen Schwellenwert für das Wirtschaftswachstum, der mindestens erreicht werden muss, damit es zu einem Beschäftigungsaufbau kommt. Die Beschäftigungsschwelle liegt genau dort, wo sich die Wachstumsraten von Produktion und Produktivität entsprechen ($dpro=dy$). Durch Einsetzen dieser Bedingung erhält man

$$BS = \frac{\alpha}{1 - \lambda},$$

sodass sich die Beschäftigungsschwelle aus den Regressionsparametern berechnen lässt. Übersteigt das Wirtschaftswachstum diesen Wert, wird im Durchschnitt Beschäftigung aufgebaut.

Misst man die wirtschaftliche Aktivität durch die reale Bruttowertschöpfung und die Beschäftigung durch das geleistete Arbeitsvolumen in Stunden, so liegen die Beschäftigungsschwellen bei den in Tabelle 10 aufgeführten Werten. Das Produzierende Gewerbe hebt sich durch eine über dem Durchschnitt liegende Beschäftigungsschwelle von 2,0% ab, weil die Industrie hohe Produktivitätsfortschritte verzeichnet. Dagegen ist die Produktion im Baugewerbe arbeitsintensiver, sodass sich ein geringerer Schwellenwert ergibt.

Tabelle 10:

Sektorale und gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsschwellen auf Stundenbasis^a
- in Prozent -

Gesamtwirtschaft	0,8
darunter:	
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	2,0
Baugewerbe	0,8

^a Die Regressionen wurden auf Basis saisonbereinigter Quartalsdaten für die reale Bruttowertschöpfung und die geleisteten Arbeitsstunden im Zeitraum von 1991.1 bis 2003.1 geschätzt.

Quelle: Berechnungen des IWH.

Die gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsschwelle von 0,8% liegt unterhalb des trendmäßigen Wirtschaftswachstums im Beobachtungszeitraum, das sich auf etwa 1,5% beläuft. Trotzdem ist der Arbeitseinsatz insgesamt zurückgegangen, das heißt, bei einem Unterschreiten der Schwelle ist der Stundenabbau im Schnitt höher als deren Aufbau bei einem Überschreiten.

Aufgrund institutioneller Entwicklungen wie etwa der Zurückdrängung des Normalarbeitsverhältnisses liegt der Schwellenwert des Wirtschaftswachstums tendenziell höher, wenn die Beschäftigung nicht in geleisteten Arbeitsstunden, sondern durch die Anzahl der Beschäftigten gemessen wird. Allerdings ist der Stützbereich zu kurz, um eine verlässliche Aussage auf Basis der Personen abzuleiten.

Tabelle 11:
Arbeitsmarktbilanz Deutschland

		2001	2002	2003	2004
		in 1 000 Personen			
1	Erwerbsfähige ^a	55 674	55 480	55 307	54 990
2	Erwerbstätige in Deutschland (Inland)	38 917	38 688	38 254	38 215
3	Erwerbstätige in Deutschland im ersten Arbeitsmarkt [(2)-(15)]	38 697	38 508	38 079	38 070
4	<i>Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen im ersten Arbeitsmarkt und arbeitsmarktpolitischen Programmen im ersten Arbeitsmarkt^b</i>	287	290	360	405
5	<i>Erwerbstätige in Deutschland im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen und arbeitsmarktpolitischen Programmen im ersten Arbeitsmarkt [(3)-(4)]</i>	38 410	38 218	37 719	37 665
6	Pendlersaldo	61	62	62	62
7	Erwerbstätige aus Deutschland (Inländer) [(2)-(6)]	38 856	38 626	38 192	38 153
8	Erwerbstätige aus Deutschland im ersten Arbeitsmarkt [(7)-(15)]	38 636	38 446	38 017	38 008
9	<i>darunter: Erwerbstätige aus Deutschland im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen und arbeitsmarktpolitischen Programmen im ersten Arbeitsmarkt [(8)-(4)]</i>	38 349	38 156	37 657	37 603
10	Unterbeschäftigung [(11)+(12)]	4 906	5 174	5 512	5 492
11	<i>Arbeitslose</i>	3 852	4 060	4 410	4 435
12	<i>Sonstige Unterbeschäftigte [(13)+(14)+(15)+(16)+(17)+(18)+(19)+(20)]</i>	1 054	1 114	1 102	1 057
13	<i>Arbeitslose nach §§ 125, 126 SGB III</i>	108	119	125	130
14	<i>Ausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten</i>	59	88	95	72
15	<i>Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen^c</i>	220	180	175	145
16	<i>Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung (nur Vollzeitmaßnahmen)</i>	315	300	240	220
17	<i>Teilnehmer an Deutsch-Lehrgängen</i>	25	24	22	20
18	<i>Vorruheständler^d</i>	225	292	350	370
19	<i>Ausfall durch Altersteilzeit in Vollzeitäquivalenten</i>	27	31	35	40
20	<i>Ausfall durch sonstige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen^e</i>	75	80	60	60
21	Erwerbspersonenpotenzial ohne Stille Reserve ^f [(8)+(10)-(14)-(19)]	43 456	43 501	43 399	43 388
		in % (Inländerkonzept)			
22	Erwerbsbeteiligungsquote [(21)/(1)*100]	78,1	78,4	78,5	78,9
23	Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt [(8)/(1)*100]	69,4	69,3	68,7	69,1
24	Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen und arbeitsmarktpolitischen Programmen im ersten Arbeitsmarkt [(9)/(1)*100]	68,9	68,8	68,1	68,4
25	Erwerbstätigenquote insgesamt [(7)/(1)*100]	69,8	69,6	69,1	69,4
26	Unterbeschäftigungsquote [(10)/(21)*100]	11,3	11,9	12,7	12,7
27	Arbeitslosenanteil an der Unterbeschäftigung {[(11)+(13)] / (10) * 100}	80,7	80,8	82,3	83,1
28	Arbeitslosenquote {[(11)+(13)] / [(7)-(14)+(11)+(13)] * 100}	9,3	9,8	10,6	10,7
29	Quote der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen {[(4)+(12)] / (21) * 100}	3,1	3,2	3,4	3,4
		in Millionen Stunden			
30	Geleistetes Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen (Inland) [(31)*(2)*1000]	56 469	55 881	55 145	55 087
		in Stunden			
31	Geleistetes Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen (Inland)	1 451,0	1 444,4	1 441,5	1 441,5
		in 1 000 Personen			
32	Gemeldete Stellen	506,1	451,2
33	Offene Stellen insgesamt ^g	1 157,0
		Personen			
34	Unterbeschäftigte je gemeldete Stelle [(10)/(32)*100]	9,7	11,5
35	Unterbeschäftigte je offene Stelle insgesamt [(10)/(33)*100]	4,2

Tabellenerklärung:

^a Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren. – ^b Teilnehmer an Struktur Anpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen (SAM OfW); Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen, Einstellungszuschüssen bei Vertretung, Einstellungszuschüssen bei Neugründung, Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose, Arbeitnehmerhilfen bzw. Arbeitsentgeltzuschuss; Überbrückungsgeld; Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit sowie die im Rahmen der so genannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt); ab 2003: einschließlich der durch Personal-Service-Agenturen (PSA) betreute Personen; durch „Kapital für Arbeit“ beschäftigte Personen und „Ich-AGs“. – ^c Einschließlich traditionelle Struktur Anpassungsmaßnahmen; ab 2002: einschließlich Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen; ab 2003 einschließlich Teilnehmer im Programm „Arbeit für Langzeitarbeitslose.“ – ^d Einschließlich der Arbeitslosen nach § 428 SGB III. – ^e Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit sowie die im Rahmen der so genannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die nicht zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt). – ^f Der Abzug des Arbeitsausfalls bei Kurzarbeit und durch Altersteilzeit erfolgt, um eine Doppelzählung zu vermeiden. Arbeitslose mit geringfügiger Beschäftigung oder traditioneller Teilzeitbeschäftigung sind mangels Quantifizierbarkeit doppelt enthalten. – ^g Zu den *Offenen Stellen insgesamt* zählen die bei den Arbeitsämtern *gemeldeten Stellen* sowie die dem Arbeitsamt *nicht gemeldeten offenen Stellen*, die vom IAB durch eine Hochrechnung ermittelt werden.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Stand: März 2003); Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Berechnungen des IWH; ab 2003: Prognose des IWH.

Anmerkungen:

1. Die IWH-Arbeitsmarktbilanz weist – rückwirkend ab dem Jahr 2000 – einige früher nicht erfasste Formen der Unterbeschäftigung nach. Außerdem werden die Struktur Anpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen nunmehr den direkten Eingliederungshilfen zugerechnet (Zeile 4). Die Vergleichbarkeit mit früher veröffentlichten Arbeitsmarktbilanzen ist daher eingeschränkt. Zur Methodik vgl. BRAUTZSCH, H.-U.; HARDT, G.; SCHULTZ, B.: Neue Arbeitsmarktbilanz: Mehr Transparenz von arbeitsmarktpolitischen Eingriffen, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 10/2002, S. 313-317.
2. In Zeile 4 sind ab 2003 neben den Teilnehmern an direkten Eingliederungshilfen auch die Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Programmen im ersten Arbeitsmarkt enthalten, die auf den Vorschlägen der Hartz-Kommission beruhen. Dabei handelt es sich um die durch Personal-Service-Agenturen (PSA) betreute Personen, die durch das Programm „Kapital für Arbeit“ geförderten Personen und die „Ich-AGs“.

Kasten 3:

Bisher kaum Beschäftigungseffekte durch die Arbeitsmarktreformen

Bis Ende des Jahres 2003 werden laut Bundesanstalt für Arbeit in Deutschland etwa 840 Personal-Service-Agenturen (PSA) mit einer Kapazität von 50 000 Plätzen eingerichtet. Im Durchschnitt des Jahres 2003 dürften etwa 15 000 und im nächsten ca. 40 000 Plätze in PSA besetzt sein. Ende Juni betreuten die PSA rund 2 300 Personen. Bislang gibt es keine Informationen darüber, wie viele Personen von den PSA in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden konnten. Es ist zu vermuten, dass es dank der Prämien, die die Bundesanstalt für Arbeit den Leiharbeitsfirmen gewährt, zu Verdrängungseffekten kommen wird.

Im Rahmen des Programms „Kapital für Arbeit“, das die Bereitstellung zinsgünstiger Darlehen an Unternehmen für die Einstellung von Arbeitslosen regelt, gab es nach Angaben der KfW bis Ende Juni dieses Jahres 1 399 Kreditzusagen. Insgesamt wurden für 426,8 Mio. Euro Kredite ausgereicht; es sind 5 960 Arbeitslose eingestellt worden. Ob die Unternehmen diese Personen auch dann beschäftigt hätten, wenn dieses Programm nicht aufgelegt worden wäre, d.h. inwieweit Mitnahmeeffekte zu beobachten sind, kann nicht eingeschätzt werden. Bis Ende dieses Jahres dürften etwa 10 000 und bis Ende 2004 ca. 20 000 Arbeitslose über das Programm „Kapital für Arbeit“ eine Erwerbstätigkeit aufnehmen.

Für den Aufbau einer „Ich-AG“ nahmen laut Bundesanstalt für Arbeit bis Ende Juni dieses Jahres etwa 33 200 Personen einen Existenzgründerzuschuss in Anspruch. Bis Jahresende dürften ca. 50 000 und bis Ende 2004 etwa 70 000 Personen einen Existenzgründungszuschuss erhalten.

Durch diese drei Bestandteile der arbeitsmarktpolitischen Empfehlungen der Hartz-Kommission dürften in laufenden Jahr schätzungsweise 75 000 und im nächsten Jahr ca. 130 000 Personen gefördert werden, wobei allerdings nicht die zu erwartenden Mitnahme- und Verdrängungseffekte berücksichtigt sind. Bei einer Unterbeschäftigung von etwa 5,5 Mio. in diesem und im nächsten Jahr bleibt der arbeitsmarktpolitische Effekt der Maßnahmen recht bescheiden.

Belastbare Angaben über die Auswirkungen der Neuregelung des Niedriglohnbereichs liegen bisher nicht vor.

Öffentliche Haushalte: Kein Licht am Ende des Tunnels

Infolge der jetzt im dritten Jahr anhaltenden Konjunkturschwäche verschlechtert sich die Finanzlage des Staates zunehmend. Im vergangenen Jahr lag das gesamtstaatliche Defizit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt bei 3,6% und damit deutlich über der im Maastricht-Vertrag genannten Obergrenze von 3%. Ein – wie im Stabilitäts- und Wachstumspakt gefordert – ausgeglichener Gesamthaushalt oder gar ein Überschuss scheint in weite Ferne gerückt. Die Finanzpolitik ist in Deutschland zurzeit in einer Umbruchphase; grundlegende Reformen stehen auf der Agenda. Für die vorliegende Prognose ist es daher in erhöhtem Maße notwendig, neben prognostischen Annahmen auch Setzungen zu treffen (vgl. Kasten 4).

Unter den genannten Annahmen werden die Staatsausgaben im laufenden Jahr mit 2,3% – und damit deutlich kräftiger als das nominale Bruttoinlandsprodukt – zunehmen. Im Jahr 2004 werden sie mit 1,2% wieder langsamer als das nominale Bruttoinlandsprodukt steigen. Dämpfend wirkt dabei in beiden Jahren die Entwicklung der Vorleistungskäufe (2003: 1,0%; 2004: -0,4%), bei denen sich vor allem im kommenden Jahr die Konsolidierungsbemühungen niederschlagen, sowie der Arbeitnehmerentgelte (2003: 1,5%; 2004: 0,4%). Letztere werden nicht nur durch den fortgesetzten Personalabbau, sondern auch dadurch gedrückt, dass die Länder neuerdings Öffnungsklauseln im Tarifrecht in Anspruch nehmen können und der Bund für seine Bediensteten Sonderzahlungen kürzen will. Die Ausgaben für soziale Sachleistungen werden hingegen trotz vielfältiger Einsparmaßnahmen im Gesundheitsbereich im laufenden Jahr mit 2,9%, im kommenden mit 2,1% expandieren.

Die monetären Sozialleistungen steigen um 2,5% – und zwar, obwohl massive Eingriffe in die Leistungen erfolgen. Beispielsweise sind die Regelungen für die Berechnung von Arbeitslosenhilfe so verschärft worden, dass die Ausgaben hier trotz der in diesem Jahr zunehmenden und dann auf hohem Niveau stagnierenden Arbeitslosigkeit sinken. Dabei werden die Einsparungen, die sich aus der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe ergeben, im Prognosezeitraum nur gering sein. Zum einen wird sich die Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes erst im Jahr 2006 voll auswirken. Zum anderen ist angenommen, dass das neue Arbeitslosengeld II lediglich um 15% unter der heutigen Arbeitslosenhilfe lie-

gen wird und dass der Bund für die Bezieher dieser Transferleistung Sozialversicherungsbeiträge entrichtet. Unter diesen Annahmen werden sich im Jahr 2004 Einsparungen in Höhe von einer Mrd. Euro ergeben.¹⁰ Die Ausgaben der Gesetzlichen Rentenversicherung nehmen im Jahr 2003 um 3,5%, im Jahr 2004 um gut 3% zu. Zwar dürfte die Rentenanpassung im kommenden Jahr nicht wie üblich erfolgen, und die Rentner müssen einen höheren Anteil an ihren Krankenkassenbeiträgen selbst entrichten – was für sich genommen die monetären Leistungen der Rentenkassen senkt. Dem steht aber die steigende Zahl an Rentempfängern gegenüber.

Die Subventionsausgaben werden hingegen weiter zurückgehen. Diese Entwicklung wird im kommenden Jahr durch den Konsolidierungskurs verstärkt.

Auch die Investitionsausgaben werden erneut sinken. Im laufenden Jahr wird ihr Rückgang dabei durch die zusätzlichen Ausgaben im Gefolge der Jahrhundertflut gedämpft. Im kommenden Jahr fehlen ähnliche Impulse; aus dem kommunalen Kreditverbilligungsprogramm der „Agenda 2010“ sind lediglich Mitnahmeeffekte zu erwarten. Mit der sich weiter zuspitzenden Finanzlage der Kommunen werden die Investitionen um 2,2% (nach -0,3% in diesem Jahr) sinken. Die Investitionsquote wird am Ende des Prognosezeitraums bei 1,5% liegen.

Die Einnahmen werden im laufenden Jahr mit 1,8% und im kommenden Jahr mit 2,3% steigen. Die Steuereinnahmen werden im Jahr 2003 um lediglich 2,0% zunehmen. Die Entwicklung der beiden größten Steuern wird dabei von der konjunkturellen Schwäche gedämpft. So steigt die Lohnsteuer nur mit gut 1% und die Umsatzsteuer stagniert gar.¹¹ Das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer wird zudem durch die Steuerrechtsänderungen vergangener Jahre um 2½ Mrd. Euro gedrückt. Allein die Körperschaftsteuer erholt sich wieder. Deutlich expandieren werden hingegen die Mineralöl-, die Strom- und die Tabaksteuer. Der Grund liegt in den zu Beginn des Jahres in Kraft getretenen Steuererhöhungen.

¹⁰ Das mit den genannten Maßnahmen verbundene Potenzial an Einsparungen ist hingegen wesentlich größer. Vgl. hierzu BUSCHER, H.: Arbeitslosengeld II – Anmerkungen zur Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 6/2003, S. 179-184.

¹¹ Die Entwicklung der Umsatzsteuer scheint sich allerdings seit geraumer Zeit von der Entwicklung der Inlandsnachfrage abgekoppelt zu haben.

Kasten 4:

Finanzpolitische Annahmen

Sowohl Konsolidierungsbestrebungen als auch Reformbemühungen lassen die Finanzpolitik zurzeit im Umbruch erscheinen. Neben gesetzlich fixierten Maßnahmen (bspw. zweite Stufe der „Steuerreform 2000“), zeichnen sich Vorhaben ab, die zum Teil bereits deutliche Konturen annehmen (dreistufige Erhöhung der Tabaksteuer, Vorziehen der dritten Stufe der „Steuerreform 2000“), zum Teil aber auch noch unklar sind (Gesundheitsreform). Die Annahmen der Prognose sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen.

Tabelle 12:

Kassenmäßige Auswirkungen der Konsolidierungsmaßnahmen auf den öffentlichen Gesamthaushalt^a

- Mehreinnahmen oder Minderausgaben (+)/Mindereinnahmen oder Mehrausgaben (-) gegenüber Status quo 2002, in Mrd. Euro -

	2003	2004
Beschlossen:		
Fünfte Stufe der ökologischen Steuerreform	2,8	3,1
„Fortentwicklung“ der ökologischen Steuerreform	1,4	1,4
Anhebung der Körperschaftsteuer	0,5	-
Zweite Stufe der Einkommensteuerreform	-	-6,5
Erhöhung der Tabaksteuer zum 1. Januar 2003	0,4	0,5
Abbau von Steuervergünstigungen	1,0	3,0
Reform des Niedriglohnssektors	1,0	1,5
Erhöhung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung von 19,1% auf 19,5% zum 1. Januar 2003	3,6	3,7
Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze zur Renten- und zur Arbeitslosenversicherung zum 1. Januar 2003	1,6	1,6
Anstieg des durchschnittlichen Beitragssatzes zur gesetzlichen Krankenversicherung von 14 auf 14,4% im Jahr 2003	2,9	3,0
Geplant:		
<i>Entwurf zum Bundeshaushalt 2004 – Wirkungen bei den Gebietskörperschaften</i>		
Steueramnestie	-	2,5
Einschränkung der Pendlerpauschale	-	1,0
Wegfall der Eigenheimzulage	-	0,2
Abbau von Steuervergünstigungen	-	3,7
Abbau von Subventionen	-	0,6
Einsparungen bei den Entgelten im öffentlichen Dienst	-	2,7
Sonstige Einsparungen	-	0,3
Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe	-	1,0
Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld	-	0
<i>Maßnahmen in Zusammenhang mit der Steuerreform</i>		
Vorgezogene dritte Stufe der Steuerreform	-	-15,3
Weiterer Abbau von Subventionen und Steuervergünstigungen	-	3,5
<i>Maßnahmen bei der Gesetzlichen Rentenversicherung</i>		
Senkung der Schwankungsreserve für ein Jahr	-	3,7
Erhöhung des Beitragsanteils der Rentner zu ihrer Krankenversicherung	-	1,0
Einsparungen bei der Rentenanpassung Mitte 2004	-	1,0
<i>Maßnahmen im Gesundheitsbereich</i>		
Erhöhung der Tabaksteuer in drei Stufen	-	1,5
Einsparungen im Gesundheitswesen	-	3,0
Summe der Maßnahmen insgesamt	15,2	21,7

^a Ohne makroökonomische Rückwirkungen; ohne Altersvermögensgesetz.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen; Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit; Bundesministerium für Gesundheit und Soziales; Berechnungen des IWH.

- Der Entwurf des Bundeshaushalts 2004 enthält eine Reihe von Konsolidierungsmaßnahmen. In der Prognose wird davon ausgegangen, dass diese Maßnahmen im politischen Prozess durchgesetzt werden können. Bei einzelnen Positionen (Bekämpfung von Steuerbetrug und Schwarzarbeit, Mehreinnahmen aus der Steueramnestie, Einsparungen aufgrund arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen) sind die kassenmäßigen Auswirkungen allerdings modifiziert worden. Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene sind in dieser Prognose entgegen den Planungen der Regierung (in Höhe von 23 Mrd. Euro) 12 Mrd. Euro veranschlagt.
- Die dritte Stufe der „Steuerreform 2000“ wird um ein Jahr auf den 1. Januar 2004 vorgezogen. Zur Finanzierung der damit verbundenen Einnahmeausfälle sind die drei Säulen Kreditfinanzierung, Privatisierung und Subventionsabbau vorgesehen. In der Prognose wird davon ausgegangen, dass über einen zusätzlichen Abbau von Steuervergünstigungen und Subventionen ein Volumen von 3,5 Mrd. Euro aufgebracht werden kann.
- Zum 1. Januar 2004 tritt eine Steueramnestie für Anleger, die im Ausland erzielte Zinserträge bisher nicht deklarierten, in Kraft. Dabei ist einmalig eine Strafsteuer – die im Jahr 2004 bei 25%, im Jahr 2005 bei 35% liegt – auf einen, in der Höhe nach der hinterzogenen Steuerart differenzierten, Prozentsatz des zurückgeführten Kapitals zu entrichten. Die zusätzlichen Einnahmen hängen davon ab, wie viel Kapital zurückfließen wird; Schätzungen bewegen sich zwischen 10 und 100 Mrd. Euro. Das Finanzministerium plant im Jahr 2004 Steuer Mehreinnahmen in Höhe von 5 Mrd. Euro ein. Zum 1. Januar 2005 soll dann eine Reform der Zinsbesteuerung folgen. In der Prognose sind im Jahr 2004 Mehreinnahmen von 2,5 Mrd. Euro angesetzt.
- Einsparungen aus der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe hängen wesentlich vom Niveau der „neuen“ Lohnersatzleistung, dem Arbeitslosengeld II, ab. Unterstellt man, dass dieses um 15% unter dem heutigen Arbeitslosenhilfeniveau liegt und dass für Bezieher dieser Leistung Sozialbeiträge entrichtet werden und berücksichtigt man ferner, dass die Verringerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld im Prognosezeitraum kaum Wirkung entfalten kann, so resultieren aus den genannten Reformmaßnahmen im Jahr 2004 Einsparungen in Höhe von 1 Mrd. Euro.
- Regierung und Opposition wollen im Herbst gemeinsam eine Gesundheitsreform beschließen. Die Vorstellungen beider lassen zwar Gemeinsamkeiten erkennen, weichen im Detail aber noch stark voneinander ab. In der Prognose ist unterstellt, dass man sich auf Einsparungen in Höhe von 3 Mrd. Euro einigen wird. Darüber hinaus wird davon ausgegangen, dass ein Teil der versicherungsfremden Leistungen bei den Gesetzlichen Krankenversicherungen in Zukunft steuerfinanziert wird. Dazu wird die Tabaksteuer in drei Stufen erhöht und ein Zuschuss des Bundes an die Gesetzlichen Krankenkassen eingeführt.

Im kommenden Jahr wird das Steueraufkommen zum einen von der zweiten und dritten Stufe der „Steuerreform 2000“ bestimmt, die beide zum 1. Januar 2004 in Kraft treten und die Wirtschaft insgesamt um 21,8 Mrd. Euro entlasten werden. Zum anderen werden in erhöhtem Maße Steuervergünstigungen (8,4 Mrd. Euro) abgebaut. Trotz der Senkung des Steuertarifs wird sich das Aufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer, aber auch das aus der Körperschaftsteuer verdoppeln. Auch die Steueramnestie und die Erhöhung der Tabaksteuer im Zuge der Finanzierung von Gesundheitsausgaben wirken aufkommenserhöhend. Insgesamt werden die Steuern im Jahr 2004 mit 3,2% und damit deutlich stärker als im Vorjahr zulegen.

Die Sozialbeiträge werden im laufenden Jahr trotz der ungünstigen Entwicklung am Arbeitsmarkt um 2,4% zunehmen. Der Grund hierfür ist die Anhebung des Beitragssatzes zur Gesetzlichen Rentenversicherung zu Beginn des Jahres sowie

der Anstieg des durchschnittlichen Beitragssatzes zur Gesetzlichen Krankenversicherung. Darüber hinaus sind die Beitragsbemessungsgrenzen in der Renten- und Arbeitslosenversicherung erhöht worden. Im kommenden Jahr werden vielfältige Einsparmaßnahmen bei den Sozialversicherungen ergriffen, um die Belastung der versicherungspflichtigen Entgelte konstant zu halten. So werden die Sozialbeiträge des Staates lediglich um 1,2% zunehmen.

Die empfangenen Vermögenseinkommen werden im Jahr 2003 deutlich zurückgehen und im nächsten Jahr auf diesem Niveau bleiben, denn die Gewinnabführungen der Deutschen Bundesbank werden wieder hinter die außergewöhnlich hohen Ausschüttungen der Vorjahre zurückfallen.

Die Defizitquote wird im laufenden Jahr bei knapp 3,9%, im kommenden dann bei 3,4% liegen. Damit wird der Maastricht-Wert von 3% drei Jahre infolge überschritten.

Wirtschaftspolitik

„Agenda 2010“ – nur ein erster Ansatz zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit

In der seit drei Jahren anhaltenden Stagnationsphase der Wirtschaftsaktivität in Deutschland hat die Arbeitslosigkeit deutlich zugenommen. Verstärkt wurde diese Entwicklung von den hohen Lohnabschlüssen im vergangenen Jahr, mit denen die Tarifparteien ihren davor moderaten Kurs verließen. Zwar haben viele Unternehmen Mittel und Wege gefunden, dem Lohnkostenanstieg durch Verbandsflucht zu entkommen oder ihn durch die Kürzung von Sonderleistungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld zu mildern. Damit konnte aber der Lohndruck nur teilweise abgebaut werden.

Die tatsächlich ausgezahlten Löhne und Gehälter lagen im vergangenen Jahr deutlich unter den Tarifvereinbarungen. Sie erhöhten sich um 1,8% je Arbeitsstunde und damit im Durchschnitt um einen $\frac{3}{4}$ Prozentpunkt langsamer als es die Abschlüsse vorsahen. In diesem Jahr beschleunigt sich der Anstieg der Effektivlöhne je Stunde, weil die Spielräume für Kürzungen von Sonderzahlungen klein geworden sind und unter dem hohen Lohndruck verstärkt Personal vor allem im unteren Einkommensbereich abgebaut wird. Die Arbeitskosten je Stunde legen auch deshalb deutlicher als im Vorjahr zu, da die Beitragssätze zur Sozialversicherung zu Jahresbeginn angehoben wurden. Die Produktivitätsentwicklung bleibt zurück, sodass die Lohnstückkosten wieder etwas stärker als im Vorjahr expandieren. Erst für das nächste Jahr wird mit einer Produktivitätssteigerung gerechnet, die zum Anstieg der Arbeitskosten aufschließt.

Tabelle 13:
Entwicklung von Löhnen und Lohnstückkosten in Deutschland

- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -

	2001	2002	2003	2004
Tariflöhne ^a	2,0	2,6	2,8	2,4
Effektivlöhne ^a	2,2	1,8	2,6	2,2
Arbeitskosten ^b	2,0	1,9	2,7	2,0
Lohnstückkosten ^c	1,0	0,7	1,0	0,0
<i>Nachrichtlich:</i>				
Produktivität ^d	1,0	1,2	1,6	2,0

^a Angaben je Arbeitsstunde (Inland). – ^b Arbeitnehmerentgelt je Arbeitsstunde (Inland). – ^c Arbeitnehmerentgelt je Arbeitsstunde (Inland) in Relation zur realen Bruttowertschöpfung je Arbeitsstunde. – ^d Bruttowertschöpfung in Preisen von 1995 je Arbeitsstunde.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2003: Prognose des IWH.

Die immer weiter steigende Arbeitslosigkeit scheint ein Umdenken unter den Wirtschaftspolitikern eingeleitet zu haben; Ursachen werden nicht mehr vorrangig in der schwachen Konjunktur, sondern in strukturellen Verwerfungen gesehen. Mit der „Agenda 2010“ wurden Handlungsempfehlungen für deren Bekämpfung benannt. So sollen die hohen Lohnnebenkosten durch eine effizientere Gestaltung der Sozialversicherungssysteme verringert werden. Zugleich sollen die Anreize zur Arbeitsaufnahme erhöht werden, indem die Dauer des Bezugs von Arbeitslosengeld deutlich verkürzt sowie die Arbeitslosen- mit der Sozialhilfe zusammengelegt und im Niveau abgeschmolzen wird. In dieser Hinsicht verspricht die „Agenda 2010“ einigen Erfolg. Allerdings führen solche Arbeitsmarktreformen nur dann zu den beabsichtigten Beschäftigungseffekten, wenn die damit verbundenen finanziellen Einsparungen nicht allein der Sanierung der öffentlichen Haushalte dienen. Sie müssen weitgereicht werden, um den Druck von Steuern und Abgaben auf die Wirtschaft zu verringern und damit die Bedingungen für Unternehmen zur Einrichtung zusätzlicher Arbeitsplätze zu verbessern.

Für die Beurteilung der Produktions- und Beschäftigungseffekte der „Agenda 2010“ wird in einer Basisrechnung (Status quo) unterstellt, dass die Reformen unterbleiben. Reformmaßnahmen werden in Alternativszenarien abgebildet. Durch einen Vergleich zwischen Status quo und Alternativrechnung lassen sich die Effekte identifizieren, die der Agenda zugerechnet werden können.

Gegenwärtig sind Art und Ausmaß der Reformschritte im Detail noch nicht abzusehen. Daher sind Setzungen erforderlich, die aber für eine Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Wirkungen nicht kritisch sind. Im Folgenden wird angenommen, dass die Umsetzung der Agenda zu einem Einsparvolumen von 7,5 Mrd. Euro führt, das entweder durch eine Drosselung des Staatskonsums (Rechnung 1) oder durch eine Kürzung von Transferausgaben an die privaten Haushalte (Rechnung 2) zustande kommt. Beide Strategien wirken – isoliert betrachtet – kontraktiv. Die Kürzung des Staatskonsums mindert unmittelbar das Niveau der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Ein Abbau der Transfers wirkt restriktiv auf das verfügbare Einkommen und den privaten Konsum. In der Folge wird die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung gebremst. Der Nachfrageausfall ist bei einer Kürzung der Transfers relativ schwächer, weil ein Teil der Einkommensenkung durch das Auflösen von Ersparnissen kompensiert wird. Darüber hin-

Tabelle 14:
Simulationsergebnisse

Varianten der Verwendung des Einsparvolumens		Reduzierung					
		des Staatskonsum			der Transferzahlungen		
		1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr
Abbau Staatsverschuldung (A)	Wachstum ^a	-0,3	0,2	0,0	-0,2	0,1	0,0
	Arbeitsplätze ^b	-23	-43	-53	-14	-26	-32
Senkung der Lohnsteuer (B)	Wachstum ^a	-0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
	Arbeitsplätze ^b	-6	-10	-10	3	7	12
Senkung der Lohnnebenkosten, Arbeitnehmer und Arbeitgeber (C)	Wachstum ^a	-0,3	0,1	0,0	-0,1	0,0	0,0
	Arbeitsplätze ^b	13	31	41	22	47	63
Senkung der Lohnnebenkosten, nur Arbeitgeber (D)	Wachstum ^a	-0,3	0,2	0,0	-0,2	0,1	0,0
	Arbeitsplätze ^b	40	88	120	49	105	142

^a Wachstum in Prozentpunkten. – ^b Arbeitsplätze in 1 000.

Quelle: Berechnungen des IWH.

aus ist bei geringeren Unterstützungsleistungen der Reservationslohn niedriger. Dies dürfte die Bereitschaft der Haushalte zur Arbeitsaufnahme erhöhen.

Das Einsparvolumen lässt sich alternativ verwenden. Hier werden 4 Varianten betrachtet. In Variante A werden die Mittel zum Abbau der Staatsverschuldung eingesetzt. Da bei Konsolidierung die Wahrscheinlichkeit für künftige Steuererhöhungen sinkt, wird das Vertrauen der privaten Akteure gestärkt, sodass die Konsum- und Investitionsbereitschaft allmählich steigt. Der Effekt ist jedoch erst längerfristig wirksam, wenn sich der wirtschaftspolitische Kurs als dauerhaft erweist. Innerhalb der hier betrachteten Periode von drei Jahren sind die positiven Wirkungen gering.

In Variante B werden die Mittel vollständig für eine Senkung der Lohnsteuer genutzt. Damit wird der anfängliche Nachfrageausfall partiell kompensiert. Denn der Anstieg der Nettolöhne ist nicht in vollem Umfang konsumwirksam, da ein Teil des Einkommenszuwachses gespart wird. In kurzer Sicht dürften daher auch hier negative Effekte dominieren. Längerfristig erhöht die Steuersenkung die Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer, sodass Produktion und Beschäftigung – angebotsseitig verursacht – zunehmen. Dieser Zuwachs kommt durch die Verbesserung der Angebotsbedingungen zustande.

In den Varianten C und D wird das Einsparvolumen zur Reduzierung der Lohnnebenkosten verwendet. Damit wird die Wettbewerbsposition abhängiger Arbeit verbessert, sodass die Beschäfti-

gungsintensität des Wirtschaftswachstums steigt. Die Politik wird durch eine Absenkung der Beitragssätze zur gesetzlichen Sozialversicherung um einen Prozentpunkt umgesetzt, der etwa dem Einsparvolumen von 7,5 Mrd. Euro entspricht. Die Reduktion der Beitragssätze verteilt sich entweder hälftig auf Arbeitnehmer und Arbeitgeber (Variante C) oder kommt nur den Arbeitgebern zugute (Variante D). Im Vergleich zu C wird in D eine stärkere Senkung der Lohnnebenkosten erreicht. Allerdings bleibt in D die Erhöhung der Konsumnachfrage aus, die in C aus dem geringeren Arbeitnehmeranteil resultiert.

Durch die Kombination der 2 Einspar- und der 4 Verwendungsmöglichkeiten erhält man insgesamt 8 Alternativen, die in das makroökonomische Modell implementiert und mit dem Status quo verglichen werden. Da das Modell primär auf die konjunkturelle Entwicklung ausgelegt ist, werden die langfristigen Wachstumseffekte der "Agenda 2010", die aus einer Verbesserung der Angebotsbedingungen resultieren, unzureichend erfasst. Im Mittelpunkt stehen die kurzfristigen Nachfrageeffekte. Hier sind Unterschiede je nach Reformvorhaben zu erwarten. Die berechneten Produktions- und Beschäftigungswirkungen der 8 Alternativen sind für einen Zeitraum von drei Jahren in Tabelle 14 ausgewiesen.

Durch die Simulationen werden die vermuteten Wirkungsketten mehr oder weniger bestätigt. Beispielsweise zeigt sich nach drei Jahren ein Beschäftigungsverlust von 53 000 Arbeitsplätzen,

wenn das Einsparvolumen durch eine Rückführung der konsumtiven Staatsausgaben realisiert und für einen Abbau der Staatsverschuldung verwendet wird. Tendenziell dürfte sich der Beschäftigungsverlust in der Folgezeit verlangsamen und schließlich sinken, weil sich das Vertrauen der Konsumenten und Investoren allmählich verbessert. Beschäftigungsgewinne sind vor allem dann zu erreichen, wenn das Einsparvolumen dem Abbau der Lohnnebenkosten zugute kommt. Der Beschäftigungsaufbau ist tendenziell stärker, wenn nur die Arbeitgeber von der Absenkung der Beitragssätze profitieren. Offenbar wird die relative Konsumschwächung durch eine Verbesserung der Angebotsbedingungen überkompensiert. Der Effekt spielt sich bei nahezu mit dem Status quo identischen Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts ab, sodass die Beschäftigungsintensität der Produktion steigt.

Allgemein sind die Produktions- und Beschäftigungswirkungen der hier betrachteten Varianten jedoch eher gering. Gemessen am gegenwärtigen Niveau von knapp 4,5 Mio. Arbeitslosen wird kein substantieller Abbau der Arbeitslosigkeit erreicht. Die Politiken zielen zwar in die richtige Richtung, insbesondere, wenn eine Reduzierung der Lohnnebenkosten gelingt. Um eine größere Wirkung zu erzielen, sind jedoch Strukturreformen erforderlich, die deutlich über die aktuell diskutierten Maßnahmen hinausgehen.

Finanzpolitik von Aktionismus geprägt

Die Finanzpolitik war in den vergangenen Jahren zwar von dem Gedanken des Haushaltsausgleichs dominiert; dennoch spitzte sich die Lage der öffentlichen Kassen immer mehr zu. Am Ende des Prognosezeitraums wird die Defizitquote zum dritten Mal infolge die 3%-Marke überschritten haben.

Die Finanzpolitik orientierte sich am Stabilitäts- und Wachstumspakt, in dem festgelegt ist, dass die Mitgliedsländer der Europäischen Union zur Stabilität der Gemeinschaftswährung unter anderem durch solide Staatsfinanzen beitragen sollen. Diese wiederum werden von der EU-Kommission anhand der laufenden Budgetdefizite beurteilt. Letztere sollen in mittlerer Frist ausgeglichen oder gar in Überschüsse umgewandelt werden. Die Entwicklung der öffentlichen Finanzen soll dabei in mittelfristigen Programmen, in denen die anvisierten Budgetsalden – basierend auf gesamtwirtschaftlichen Eckwerten – projiziert werden, dargestellt werden.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt hat allerdings seine Schwächen. Zum einen zielt er auf Größen, die die Politik nicht direkt kontrollieren kann. Einnahmen und Ausgaben schwanken mit der wirtschaftlichen Entwicklung und diese kann wiederum von der unterstellten abweichen. Bei einem solchen Vorgehen sind Zielverfehlungen vorprogrammiert und Erwartungen werden destabilisiert. Zum anderen gewähren die laufenden Budgetsalden eines Staates nur einen ungenügenden Einblick in die Gesundheit der Staatsfinanzen. Darüber hinaus kann eine strikte Defizitorientierung der Finanzpolitik in Phasen schwacher wirtschaftlicher Entwicklung während des Konsolidierungsprozesses eine prozyklische Ausrichtung der Politik erzwingen. Nach drei Jahren Stagnation sind die Auswirkungen einer solch prozyklischen Politikausrichtung umso gravierender.¹²

Aber auch die Art und Weise der Haushaltskonsolidierung ließ in den vergangenen Jahren zu wünschen übrig. Trat zusätzlicher Ausgabenbedarf auf, reagierte die Politik in der Regel mit Steueranhebungen. So wurde auf die Notwendigkeit zusätzlicher Sicherheitsausgaben nach dem 11. September 2001 mit einer Erhöhung der Tabak- und Versicherungsteuer, auf die so genannte Jahrhundertflut mit dem Verschieben einer Steuerentlastungsstufe reagiert. Hätte man einen strikten Ausgabenpfad verfolgt, hätten Mehrausgaben durch eine Kürzung an anderer Stelle finanziert werden müssen und der Staatsanteil wäre nicht aufgebläht worden. Somit war die Finanzpolitik zuletzt nicht nur prozyklisch kontraktiv ausgerichtet; die Steuerpolitik erschien zudem sprunghaft. Eine der wichtigsten Anforderungen an die Steuerpolitik besteht aber gerade darin, über Stetigkeit und Verlässlichkeit ein günstiges Umfeld für Investitionsentscheidungen zu schaffen. Sprunghaftigkeit trägt hingegen zu einer Destabilisierung von Erwartungen bei und verschlechtert so die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Die Anspannung der öffentlichen Kassenlage schlug sich auch bei der Aufstellung des Bundeshaushalts 2004 nieder. Hier kommt verschärfend hinzu, dass nach Art. 115 GG die Neuverschuldung im Bundeshaushalt nicht über die veran-

¹² Das IWH empfiehlt aus diesem Grund schon seit längerem, die Konsolidierungsstrategie an Ausgabenzielen auszurichten. Zum einen obliegt diese Zielgröße der Verantwortlichkeit der Politik. Zum anderen hat diese Strategie den Vorteil, dass sie direkt einen Rückgang der Staatsquote impliziert, was für sich genommen zu Effizienzgewinnen führt.

schlagte Summe für Investitionen hinausgehen darf – es sei denn, es besteht die Gefahr einer „Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“. Die Einhaltung dieser verfassungsmäßigen Vorgabe erforderte eine äußerste Kraftanstrengung. Nach den Planungen der Regierung ergibt sich aus dem Haushaltsentwurf allein für den Bund ein Sparprogramm von 14 Mrd. Euro, für alle Ebenen zusammen steigt das Sparvolumen auf knapp 23 Mrd. Euro. Auch wenn in dieser Prognose davon ausgegangen wird, dass sich die eingestellten Maßnahmen auf lediglich 12 Mrd. Euro summieren werden, entspricht dies immerhin ½ Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Die konjunkturelle Entwicklung wird dabei im kommenden Jahr noch immer schleppend verlaufen; unter Vernachlässigung des kalendarischen Sondereffekts liegt der Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts bei lediglich 1,1%.

Obgleich die Regierungsprognose im Jahr 2004 noch von einem realen Wirtschaftswachstum von 2% ausgeht, vollführt die Finanzpolitik vor diesem konjunkturellen Hintergrund eine Kehrtwende. Es ist nicht länger der Haushaltsausgleich, der die Agenda dominiert; für eine Beschleunigung des konjunkturellen Wachstums soll die für das Jahr 2005 vorgesehene Steuerentlastungsstufe vorgezogen werden. Da die Konsolidierung allerdings im Prinzip nicht gefährdet werden dürfte, erscheint es eher unwahrscheinlich, dass die Steuerausfälle vollständig kreditfinanziert werden. In der Prognose ist unterstellt, dass ein Viertel der Entlastungen durch einen weiteren Abbau von Steuervergünstigungen und Subventionen finanziert wird.

Die steuerliche Entlastung im Jahr 2004 wird aber allenfalls einen einmaligen Schub beim privaten Konsum entfachen. Die im Bundeshaushalt 2004 eingeplanten und die zur Gegenfinanzierung der Steuerreform unterstellten Maßnahmen zum Abbau von Steuervergünstigungen werden hingegen eine permanente Verschlechterung der Investitionsbedingungen zur Folge haben. Zwar sollten Steuerschlupflöcher gestopft werden, denn dadurch verlieren steuerliche Gründe für Unternehmensentscheidungen an Bedeutung und die Ressourcenallokation wird verbessert. Allerdings ist die von der Wissenschaft erhobene Forderung nach einer Verbreiterung der Bemessungsgrundlage immer mit einer Einschränkung versehen: die Steuerbelastung insgesamt darf nicht steigen, d. h. die Tarifbelastung muss soweit abgesenkt werden, dass eine zusätzliche Belastung vermieden wird. Mit den in dieser Prognose eingestellten Konsoli-

dierungs- und Gegenfinanzierungsmaßnahmen werden die steuerlichen Maßnahmen im Jahr 2004 aber die Steuerbelastung im Unternehmenssektor ansteigen lassen; die Investitionsbedingungen werden sich so von steuerlicher Seite verschlechtern. Dies gilt um so mehr, wenn die Bedingungen mit denen verglichen werden, die ursprünglich mit der dreistufigen Steuerreform verbunden waren. Auch hier trägt die Finanzpolitik wieder zu einer Destabilisierung von Erwartungen bei.

Die Finanzpolitik hat damit in der letzten Zeit Erwartungen in verschiedenen Bereichen enttäuscht. Inwieweit die jetzt auf die Nachfrage wirkenden steuerlichen Entlastungen von den Konsumenten als dauerhaft angesehen werden oder aber angenommen wird, dass sie in Zukunft wieder zurückgenommen werden, dürfte entscheidenden Einfluss darauf haben, in welchem Ausmaß die Steuerreform im kommenden Jahr auch tatsächlich mit zusätzlicher Nachfrage und nicht mit einem Anstieg der Ersparnisse verbunden sein wird. Wie schon seit geraumer Zeit wirkt die Finanzpolitik noch immer orientierungslos.

Auch für die Sozialversicherungen ist ein geschlossenes Konzept zurzeit nur schwer zu erkennen. Die Entwicklung der Finanzlage in den Sozialkassen hat dabei immer mehr an Bedeutung gewonnen, da sie die gesamtwirtschaftliche Entwicklung immer mehr belastete. Den Sozialversicherungen brechen auf der einen Seite mit der rückläufigen Beschäftigung die Einnahmen weg, auf der anderen Seite explodieren ihre Ausgaben mit dem Anstieg der Arbeitslosigkeit. Dieser Zusammenhang ist an sich gewollt, denn hier handelt es sich um so genannte automatische Stabilisatoren, die die konjunkturelle Entwicklung abfedern sollen. Die Arbeitslosigkeit sinkt allerdings seit den siebziger Jahren nach einer Schwächephase nicht mehr auf ihr vorheriges Niveau zurück. Damit war ein Ausgleich der sich mit einer konjunkturellen Flaute bei den Sozialversicherungen aufbauenden Defizite über die Zeit nicht mehr möglich. Ihre Finanzlage wurde zudem dadurch belastet, dass die Folgen der deutschen Vereinigung zu einem großen Teil über die Sozialsysteme finanziert wurden. Die Beitragsbelastung der sozialversicherungspflichtigen Entgelte ist mittlerweile auf einem Rekordniveau von 42,1% angelangt. Die Lohnnebenkosten sind damit auf ein Niveau geklettert, das die Schaffung neuer Arbeitsplätze stark behindert.

Diese Entwicklung zieht sich durch alle Zweige der Sozialversicherungen, aber es kommen

jeweils spezifische Aspekte hinzu. Bei der Arbeitslosenversicherung ist mit der Lage am Arbeitsmarkt eine direkte Belastung der Finanzlage durch den Anstieg der Lohnersatzleistungen verbunden. Bei der Rentenversicherung ging die zunehmende Arbeitslosigkeit letztlich mit einem Rückgang des faktischen Renteneintrittsalters einher. Hinzu kommen in diesem Bereich die Folgen der demographischen Entwicklung. Auch bei der gesetzlichen Krankenversicherung wirkt die demographische Entwicklung. Die Explosion der Ausgaben im Gesundheitswesen ist aber auf eine Vielzahl von Faktoren zurückzuführen, wie den medizinischen Fortschritt oder auch die mangelnden wettbewerblichen Marktstrukturen.

Richtigerweise greift die „Agenda 2010“ alle diese Bereiche auf. Leider fehlen in dem Grundsatzpapier konkrete Vorstellungen, wie die Problemfelder angegangen werden können. Mit Blick auf die öffentliche Kassenlage muss vor allem auf einen Aspekt geachtet werden: Die Finanzbeziehungen zwischen den einzelnen Ebenen müssen geregelt werden. Die letzten Jahre waren zunehmend von „Befreiungsschlägen“ gekennzeichnet, bei denen sich eine Ebene auf Kosten einer anderen refinanzierte. Für eine wirtschaftliche und vorausschauende Verwendung von öffentlichen Mitteln ist die finanzielle Eigenverantwortlichkeit der Entscheidungsträger aber unabdingbar.

Deutschland befindet sich zurzeit in einer Phase, in der die Handlungsfähigkeit des Staates dringend gefordert, faktisch aber von haushaltspolitischen Zwängen eingeschränkt ist. Die Reaktion darauf darf aber nicht darin bestehen, die haushaltspolitischen Anforderungen in den Vordergrund wirtschaftspolitischer Entscheidungen zu stellen. Vielmehr verlangt die anhaltende Stagnation heute die Weichen zu stellen, um in Zukunft den binnenwirtschaftlichen Kräften wieder mehr Dynamik zu verleihen. Dazu sind strukturelle Reformen unumgänglich. Werden die haushaltspolitischen Ziele aus diesen Gründen nicht eingehalten, sind Zielverfehlungen vorübergehend hinzunehmen. Allerdings muss die Finanzpolitik dafür sorgen, dass sie berechenbar bleibt. Aktionismus bildet kein günstiges Umfeld für wirtschaftliche Entscheidungen. Es fehlt ein stimmiges Konzept.

Expansive Geldpolitik, kaum Deflationsgefahren

Die Europäische Zentralbank hat seit Dezember vergangenen Jahres die Leitzinsen um insgesamt eineinviertel Prozentpunkte gesenkt. Seit dem

letzten Zinsschritt Anfang Juni liegt der Mindestbietungssatz mit 2% auf einem historisch niedrigen Niveau.¹³ Die EZB begründet ihre Politik damit, dass sich die Aussichten für die Preisstabilität auf mittlere Sicht erheblich verbessert haben. Die Inflationsrate hat sich im Euroraum im zweiten Quartal, gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex, um die 2%-Marke bewegt. Preisdämpfend haben im zweiten Quartal die niedrigeren Ölpreise gewirkt. Die Aufwertung des Euro gegenüber seinem Stand im Vorjahr und die schwache Konjunktur im Euroraum machen es wahrscheinlich, dass auch die Kernrate der Teuerung (also ohne Preise für Energie und unverarbeitete Lebensmittel) im Lauf des Jahres unter 2% fällt.

Zum Verständnis der jüngeren Preisentwicklung im Euroraum trägt die monetäre Analyse wenig bei. Die Geldmenge expandiert, gemessen an der Jahreswachstumsrate des Aggregats M3 von etwa achteinhalb Prozent in den letzten Monaten, so schnell wie nie seit Bestehen der Währungsunion. M3 wächst schon seit zwei Jahren schneller, als es der Referenzwert der EZB von 4,5% pro Jahr vorsieht. Die Zentralbank verweist Monat für Monat darauf, dass dafür Portfolioumschichtungen wegen der gestiegenen Präferenz der Anleger für kurzfristige liquide Geldanlagen aufgrund der hohen Unsicherheit in der Wirtschaft und an den Finanzmärkten sowie der geopolitischen Spannungen verantwortlich seien. Die hohe Liquiditätsausstattung stelle somit auf mittlere Sicht keine Gefahr für die Preisstabilität dar. Zu dieser Position passt auch die Korrektur der geldpolitischen Strategie durch die EZB vom Mai dieses Jahres: Die monetäre Analyse soll nur noch dazu dienen, die kurz- und mittelfristige „ökonomische Analyse“ aus mittel- bis langfristiger Perspektive zu überprüfen. Offenbar hat diese Überprüfung ergeben, dass der Liquiditätsüberhang solange kein Problem darstellt, wie die Konjunktur im Euroraum lahm und das Geld nicht ausgabewirksam wird und dass die konjunkturelle Lage zu kritisch ist, um auf Inflationsrisiken einer künftigen Aufschwungphase Rücksicht nehmen zu können.

Für das Jahr 2004 gibt die Zentralbank in ihren Mitte Juni veröffentlichten Projektionen eine Inflationsrate zwischen 0,7% und 1,9% an. Damit

¹³ Für Deutschland ist 2% tatsächlich der niedrigste Leitzins seit der Gründung der Reichsbank 1876, also seit ein einheitlicher Leitzins für ganz Deutschland überhaupt ermittelt werden kann.

würde die EZB ihr mittelfristiges Inflationsziel sehr wahrscheinlich verfehlen, denn sie hat im Mai klargestellt, dass ihre geldpolitische Strategie darauf abzielt, auf mittlere Frist Inflationsraten von unter, aber nahe bei 2% zu erreichen. Sie hat die Abgrenzung des Zielraums nach unten als Sicherheitsmaßnahme gegen Deflationsrisiken begründet. In diesem Sinne sind auch die letzten Zinssenkungen zu interpretieren, obwohl die EZB offiziell Deflationsgefahren widerspricht. Da die EZB ihre Projektionen stets unter der Annahme von Konstanz der eigenen Geldpolitik ableitet, um nicht ihre eigenen Entschlüsse zu prognostizieren, lässt die Projektion einer Teuerung zwischen 0,7% und 1,9% für kommendes Jahr annehmen, dass die Leitzinsen im Lauf der nächsten Monate um einen weiteren viertel Prozentpunkt gesenkt werden – zumindest, wenn sich die Konjunktur nicht besser entwickelt, als die EZB erwartet.

Nach der Prognose des IWH kommt es 2004 im Euroraum zu einem moderaten Aufschwung. Eine deflationäre Abwärtsspirale wird sich auch in Deutschland mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht entwickeln (vgl. Abschnitt „Preisniveau stabil“). Wegen des außerordentlich niedrigen Zinsniveaus und der hohen Überschussliquidität wird die EZB als vorausschauende Maßnahme die Leitzinsen im kommenden Jahr vorsichtig anheben, auch wenn im Prognosezeitraum die Kapazitäten noch unterausgelastet sind; zur Jahresmitte um einen viertel, im letzten Quartal um einen halben Prozentpunkt.

Unabhängig von einer Vorhersage der zukünftigen Politik der EZB stellt sich die Frage nach den monetären Impulsen auf den realwirtschaftlichen Sektor. Die Zinsen sind nominal und mit knapp über null Prozent am kurzen und knapp unter zwei Prozent am langen Ende in realer Rechnung sehr niedrig.¹⁴ Die Finanzierungsmöglichkeiten haben sich auch wegen der Stabilisierung der Aktienmärkte im zweiten Quartal verbessert. Problematisch ist dagegen die kräftige Aufwertung des Euro gegenüber seinem Stand im vergangenen Jahr. Die Gemeinschaftswährung hat vor allem gegenüber dem Dollar, aber auch gegenüber Yen und Pfund

gewonnen.¹⁵ Güter und Dienstleistungen aus dem Euroraum haben damit im internationalen Vergleich an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Diese dämpfende Wirkung einer Aufwertung kann kurzfristig vom positiven Terms of Trade-Effekt überkompensiert werden: Für eine bestimmte Menge heimischer Güter können mehr Güter aus dem Ausland eingelöst werden. Langfristig dominiert aber die dämpfende Wirkung auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage: Eine Aufwertung führt erfahrungsgemäß über kurz oder lang zu einer Verschlechterung der Leistungsbilanz; die Nettoexporte sinken. Allerdings darf dieser Nachfrageeffekt für die Eurozone nicht überschätzt werden, denn sie ist wegen ihrer Größe recht geschlossen. Alles in allem sind die monetären Rahmenbedingungen für den Euroraum immer noch günstig.

Deutschland in der Kreditklemme?

Trotz der expansiven geldpolitischen Vorgaben kann von günstigen Finanzierungsbedingungen aber nur bedingt gesprochen werden. Das gilt besonders für Deutschland. Der deutsche Finanzierungssektor ist zu einem Problemfall im Euroraum geworden; Konjunkturforscher und Finanzmarktbeobachter diskutieren seit einiger Zeit darüber, ob sich die deutschen Unternehmen in einer Kreditklemme befinden. Tatsächlich schrumpfen die Unternehmenskredite deutscher Banken seit Mitte 2001 real und seit Anfang letzten Jahres trotz expansiver Geldpolitik sogar nominal. Man befürchtet, dass in einem schwachen konjunkturellen Umfeld sinkende Bankkreditvolumina die gesamtwirtschaftliche Güternachfrage zusätzlich drosseln und einen selbsttragenden Aufschwung verhindern.

Worin liegen die Ursachen der schwachen Kreditentwicklung, und wird die gegenwärtige Lage mit dem Begriff Kreditklemme treffend beschrieben? Die EZB sieht eine Kreditklemme gegeben, wenn das Angebot an Bankkrediten signifikant zurückgeht, unabhängig davon, ob die Bankkunden bereit sind, für die Kredite einen hohen Preis zu zahlen.¹⁶ Für die EZB ist eine Kreditklemme also Folge von *Kreditrationierung*: Unternehmen können nicht an Kredite gelangen, weil die Banken auch zu einem höheren Zinssatz als dem gegen-

¹⁴ Hier werden die Realzinsen am kurzen Ende mit der Differenz zwischen Dreimonatsgeld (EURIBOR) und der gegenwärtigen Inflationsrate (gemessen am HVPI) geschätzt; die Schätzung für das lange Ende ergibt sich aus der Differenz zwischen zehnjährigen Staatstiteln des Euroraums und langfristigen Inflationserwartungen der Märkte, wie sie aus Konsensprognosen gewonnen werden können.

¹⁵ Der reale effektive Wechselkurs des Euro ist seit November um etwa 10% gestiegen.

¹⁶ Vgl. EUROPÄISCHE ZENTRALBANK: Umfrage zum Kreditgeschäft im Euro-Währungsgebiet, in: Monatsbericht April 2003, S. 76.

wärtigen nicht bereit sind, die Überschussnachfrage zu befriedigen. Eine solche Beschreibung des Kreditmarktes scheint allerdings grob vereinfacht; schließlich erfolgt die Vergabe von Bankkrediten in der Regel mittels komplexer Verträge, die viel mehr als nur den Zins regeln, etwa auch die Höhe der zu leistenden Kreditsicherheiten und andere vertragliche Nebenabreden. Eine zweckmäßigere Definition beschreibt deshalb eine Kreditklemme als Verknappung des Kreditangebots aus bankinternen Gründen bei gegebenem sicheren Kapitalmarktzins und bei gegebener Qualität der potenziellen Schuldner.¹⁷ Eine Kreditklemme liegt also nicht schon dann vor, wenn sich die beobachtete Angebotsverknappung allein auf eine konjunkturell bedingte Schwächung der Kundenbonität zurückführen ließe.

Gibt es in diesem Sinne in Deutschland eine Kreditklemme, oder sind auf dem Kreditmarkt Angebot und Nachfrage aus dem einfachen Grunde zurückgegangen, weil sich die Ertragsaussichten der Unternehmen infolge der schwachen gesamtwirtschaftlichen Aktivität verschlechtert haben? Ein Indiz für Kreditangebotseffekte aus bankinternen Gründen ist die Tatsache, dass die Entwicklung der Darlehensbestände einzelner Banktypen sehr unterschiedlich verlaufen ist. Die gegenwärtige Situation im deutschen Bankensektor ist vor allem durch rückläufige Kreditvolumina bei den Großbanken geprägt.¹⁸ Deren Bestand an Unternehmenskrediten lag Ende März 2003 um 15% niedriger als zwei Jahre zuvor, während der Bestand bei den übrigen Bankengruppen noch um zwei Prozent angestiegen ist. Damit fiel die tatsächliche Entwicklung der Kredite bei den Großbanken auch weit hinter die Prognose zurück, welche sich aufgrund eines Fehlerkorrekturmodells¹⁹ mit dem Bruttoinlandsprodukt als erklärender Variabler ergibt. Ein Prognose-Ist-Vergleich auf Basis des Modells zeigt, dass der Rückgang der Großbankenkredite zuletzt stärker ausfiel, als es

aufgrund der Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität zu erwarten gewesen wäre, während die Kreditentwicklung der restlichen Banken recht gut mit der konjunkturellen Entwicklung erklärt wird.

Eine wesentliche Ursache für die Strategie besonders restriktiver Kreditvergabe durch die Großbanken liegt in den Nachwirkungen ihrer unglücklichen Geschäftspolitik in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre. Fehlinvestitionen im Investmentbanking-Geschäft und Verluste im Zuge des Einbruchs der Aktienwerte haben Stille Reserven, Eigenkapitaldecke und damit das Kreditvergabepotenzial verringert. Möglicherweise musste die Kreditrisikovorsorge auch deshalb verstärkt aufgestockt werden, weil die Konzentration auf das vermeintlich erfolversprechende Investmentbanking auf Kosten intensiver Kreditkundenbetreuung gegangen ist. Jedenfalls verfolgen die Großbanken gegenwärtig eine Strategie der Ertragsstärkung und Risikominimierung. So soll die Verringerung des Kreditportfolios der Gefahr vorbeugen, bei weiterer Verschlechterung der Geschäftslage in Konflikt mit den regulatorischen Vorschriften zur Eigenkapitalausstattung zu kommen.²⁰ Auch wurden in letzter Zeit trotz sinkender Geld- und Kapitalmarktzinsen die Sollzinsen teilweise erhöht.²¹ Generell ist die Differenz zwischen Soll- und Habenzins während der letzten zwei Jahre in Deutschland deutlich gestiegen und die Leitzinssenkungen der EZB seit Dezember letzten Jahres sind nur zum Teil an die Kreditnehmer weitergegeben worden.

Wäre der Stand der Dinge in der gesamten Branche ähnlich wie bei den Großbanken, müsste man in Deutschland wohl tatsächlich von einer Kreditklemme sprechen. Die Lage ist aber andernorts im Schnitt deutlich günstiger. Der Anteil der Großbanken am gesamten Volumen der Unternehmenskredite macht nur etwa 15% aus. Gewiss verschlechtert die Konsolidierungskrise der Großbanken die derzeitigen Finanzierungsbedingungen vieler Unternehmen. Mittelfristig besteht die Aussicht, dass es den größeren Unternehmen als typischen Kreditkunden der Großbanken gelingen wird, sich verstärkt über die Kapitalmärkte zu finanzieren, und dass Konkurrenzinstitute wie Spar-

¹⁷ Vgl. dazu BERNANKE, B.; LOWN, C.: The Credit Crunch, Brookings Papers on Economic Activity 2, 1991, S. 205-239.

¹⁸ Die Gruppe der deutschen Großbanken umfasst die Commerzbank, die Deutsche Bank, die Dresdner Bank und die Hypovereinsbank.

¹⁹ Bei diesem Ansatz wird die Entwicklung der abhängigen Variablen, in dem hier betrachteten Fall also des Kreditwachstums, zu einem bestimmten Zeitpunkt durch kurzfristige Schwankungen der erklärenden Variablen, hier des Bruttoinlandsprodukts, sowie durch Abweichungen von einem langfristigen Gleichgewicht zwischen den Variablen bestimmt.

²⁰ Zur vorsichtigen Kreditvergabe der Banken trägt möglicherweise auch bei, dass die Ergebnisse der Verhandlungen um neue internationale Eigenkapitalvereinbarungen („Basel II“) noch offen sind.

²¹ Hier liegt zumindest anekdotische Evidenz gegen Kreditrationierung vor.

kassen und Kreditgenossenschaften die Marktanteile der Großbanken bei den Kleinkrediten übernehmen werden. Schließlich stellen auch neue Finanzierungsinstrumente wie die Verbriefung von Kreditportfolios und ihre Platzierung auf dem Kapitalmarkt eine Chance für den Finanzierungssektor in Deutschland dar.

Arbeitskreis Konjunktur
Udo Ludwig (Udo.Ludwig@iwh-halle.de)

Marian Berneburg, Hans-Ulrich Brautzsch,
Kristina van Deuverden, Diemo Dietrich,
Christian Dreger, Ruth Grunert,
Ingrid Haschke, Axel Lindner,
Brigitte Loose, Klaus Weyerstraß

Anhangstabellen

Tabelle A1:
Prognose-Ist-Vergleich für das Jahr 2002
- Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1995 -

	IWH-Sommerprognose		Statistisches Bundesamt		Prognosefehler
	Prognosewerte für 2002		Istwerte ^a für 2002		für 2002
	Veränderung in % gegen- über Vorjahr	Wachstums- beitrag in Prozentpunkten ^b	Veränderung in % gegen- über Vorjahr	Wachstums- beitrag in Prozentpunkten ^b	Differenz der Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten
	(1)	(2)	(3)	(4)	(2) abzüglich (4)
Inlandsnachfrage	-0,1	-0,1	-1,5	-1,4	1,4
Privater Konsum	0,3	0,2	-0,6	-0,4	0,5
Staatskonsum	1,3	0,2	1,5	0,3	-0,1
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-4,5	-0,4	-7,7	-0,8	0,3
Bauten	-0,9	-0,1	-5,9	-0,7	0,6
Vorratsveränderungen (Mrd. Euro)	-12,4	0,1	-13,9	0,1	0,0
Außenbeitrag (Mrd. Euro)	85,5	1,0	94,0	1,6	-0,6
Exporte	4,2	1,5	2,6	0,9	0,5
Importe	1,6	-0,5	-2,1	0,7	-1,2
Bruttoinlandsprodukt	0,9	0,9	0,2	0,2	0,7
<i>Nachrichtlich:</i>					
Bruttoinlandsprodukt USA	3,0	-	2,4	-	-
Bruttoinlandsprodukt Euroraum	1,2	-	0,8	-	-

^a Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, 4. Vierteljahr 2002, Februar 2003. – ^b Beiträge der Nachfragekomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (Lundberg-Komponenten). Der Wachstumsbeitrag einer Nachfragekomponente ergibt sich aus der Wachstumsrate gewichtet mit dem Anteil des Aggregats am Bruttoinlandsprodukt aus dem Vorjahr. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. Angaben für das Bruttoinlandsprodukt: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Im vergangenen Sommer erwartete das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) für das Jahr 2002 einen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland von 0,9%. Diese Prognose hat sich, verglichen mit dem Ergebnis der amtlichen Statistik vom Februar 2003, als zu hoch erwiesen. Die Abweichung der Zuwachsrates in Höhe von 0,7 Prozentpunkten liegt knapp außerhalb des üblichen Toleranzbereichs für Prognosefehler von 0,5 Prozentpunkten.

Die Prognose vom Sommer beruhte auf den Angaben der amtlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das erste Quartal und ließ sich von den seit April aufwärts gerichteten konjunkturellen Frühindikatoren aus Umfragen unter Finanzmarktanalysten und Unternehmen leiten. Davor war das IWH im Jahresausblick vom Dezember auf das Jahr 2002 noch von 0,7% Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts ausgegangen.

Wie sich später herausstellte, fand der in den Frühindikatoren angezeigte Stimmungsaufschwung unter den Marktakteuren zu keiner Zeit eine adäquate Entsprechung in den realwirtschaftlichen Daten. Er versiegte im späteren Jahresverlauf mit dem erneuten Absturz der Kurse an den Aktienmärkten, dem beginnenden Irak-Konflikt und dessen weltweiten Auswirkungen auf das Konjunkturklima im Allgemeinen und die Rohölpreise im Besonderen. All dies verstärkte die Zurückhaltung von Konsumenten und Investoren, insbesondere in Deutschland nach der Rezession von 2001. So wurde beispielsweise der Einbruch beim privaten Konsum nicht vorhergesehen.

Nicht nur die Inlandsnachfrage, sondern auch die Exporte blieben hinter der Prognose zurück. Zur Eintrübung der Weltkonjunktur und damit auch der Absatzchancen für deutsche Produkte im Ausland kamen die Schleifspuren des Beginns der Euro-Aufwertung hinzu. Die Fehlprognose der Gesamtnachfrage zog außerdem eine zu hohe Importprognose nach sich, sodass der vorausgesagte Beitrag der Außenwirtschaft zum Bruttoinlandsprodukt um 0,6 Prozentpunkte unter dem amtlichen Wert blieb. Die Unterschätzung des Außenbeitrags wiegt jedoch nicht die Überschätzung der Inlandsnachfrage auf.

Tabelle A2:

Prognosen und Prognosekorrektur für das Jahr 2003

- Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1995 -

	IWH-Sommerprognose		IWH-Märzprognose		Prognosefehler
	Prognosewerte für 2003		Prognosewerte für 2003		Differenz der Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten
	Veränderung in % gegenüber Vorjahr	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten ^a	Veränderung in % gegenüber Vorjahr	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten ^a	
	(1)	(2)	(3)	(4)	(2) abzüglich (4)
Inlandsnachfrage	0,7	0,7	0,9	0,9	-0,2
Privater Konsum	1,0	0,6	0,7	0,4	0,2
Staatskonsum	0,9	0,2	0,9	0,2	0,0
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	1,1	0,1	1,5	0,1	0,0
Bauten	-2,5	-0,3	-1,4	-0,1	-0,1
Vorratsveränderungen (Mrd. Euro)	-11,9	0,1	-8,3	0,3	-0,2
Außenbeitrag (Mrd. Euro)	81,6	-0,6	92,3	-0,1	-0,5
Exporte	2,9	1,0	5,0	1,8	-0,8
Importe	5,3	-1,7	6,1	-1,9	0,2
Bruttoinlandsprodukt	0,1	0,1	0,8	0,8	-0,7
<i>Nachrichtlich:</i>					
Bruttoinlandsprodukt USA	2,1	-	2,6	-	-
Bruttoinlandsprodukt Euroraum	0,8	-	1,6	-	-

^a Beiträge der Nachfragekomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (Lundberg-Komponenten). Der Wachstumsbeitrag einer Nachfragekomponente ergibt sich aus der Wachstumsrate gewichtet mit dem Anteil des Aggregats am Bruttoinlandsprodukt aus dem Vorjahr. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. Angaben für das Bruttoinlandsprodukt: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Das IWH beziffert den Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2003 jetzt auf 0,1% gegenüber dem Vorjahr anstelle von 0,8% im März. Von der Abwärtskorrektur entfallen 0,2 Prozentpunkte auf den vom Statistischen Bundesamt im Mai gemeldeten, von der Prognose abweichenden Verlauf im ersten Quartal. Im Zusammenhang mit dem Ausbruch des Irak-Krieges stieg der Ölpreis nochmals an, Importeure stockten ihre Vorräte auf, und nach dem Kriegsende hellte sich das weltwirtschaftliche Klima nicht so schnell auf, wie im Frühjahr erwartet. Zudem wurden die Auswirkungen der vorangegangenen deutliche Aufwertung des Euro in der Prognose vom März unterschätzt. Rund zwei Drittel der Prognosekorrektur entspringen damit der Außenwirtschaft, insbesondere die Exportvoraussage wird jetzt zurückgenommen.

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Prognose des IWH

Vorausschätzung für die Jahre 2003 und 2004

Bundesrepublik Deutschland

	2002	2003	2004	2003		2004	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige	-0,6	-1,1	-0,1	-1,3	-1,0	-0,4	0,1
Arbeitszeit, arbeitstäglich	-0,4	-0,5	-1,3	-0,7	-0,3	-1,0	-1,7
Arbeitsstage	0,0	0,1	1,2	-0,2	0,4	0,8	1,7
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	-1,0	-1,5	-0,2	-2,2	-0,9	-0,6	0,1
Produktivität 1)	1,2	1,6	2,0	2,3	1,0	2,3	1,7
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995	0,2	0,1	1,7	0,1	0,1	1,6	1,8

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd.Euro

Konsumausgaben	1644,7	1677,3	1721,7	816,7	860,6	835,7	886,0
Private Haushalte 2)	1241,9	1266,6	1307,1	620,0	646,5	637,5	669,6
Staat	402,8	410,7	414,6	196,7	214,1	198,3	216,4
Anlageinvestitionen	387,8	383,6	390,8	182,0	201,6	186,7	204,0
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	175,0	176,1	183,7	84,1	92,1	86,9	96,7
Bauten	212,8	207,5	207,1	98,0	109,5	99,8	107,3
Vorratsveränderungen 3)	-7,3	-5,4	-1,2	7,5	-12,8	8,6	-9,8
Inländische Verwendung	2025,2	2055,5	2111,3	1006,2	1049,3	1031,0	1080,2
Außenbeitrag	83,0	73,5	74,0	37,9	35,5	39,0	35,0
Exporte	748,3	772,4	820,8	380,6	391,8	399,0	421,7
Importe	665,2	698,9	746,8	342,6	356,3	360,0	386,7
Bruttoinlandsprodukt	2108,2	2129,0	2185,3	1044,1	1084,9	1070,1	1115,2

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	1,2	2,0	2,6	2,1	1,8	2,3	3,0
Private Haushalte 2)	0,8	2,0	3,2	2,2	1,8	2,8	3,6
Staat	2,4	2,0	0,9	1,9	2,0	0,8	1,1
Anlageinvestitionen	-6,9	-1,1	1,9	-2,9	0,6	2,6	1,2
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-7,9	0,6	4,3	-0,4	1,6	3,4	5,1
Bauten	-6,0	-2,5	-0,2	-4,9	-0,2	1,9	-2,0
Inländische Verwendung	-0,4	1,5	2,7	1,5	1,5	2,5	2,9
Exporte	2,9	3,2	6,3	4,3	2,2	4,8	7,6
Importe	-3,4	5,1	6,8	6,0	4,1	5,1	8,6
Bruttoinlandsprodukt	1,8	1,0	2,6	1,1	0,9	2,5	2,8

3. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1995

a) Mrd.Euro

Konsumausgaben	1512,9	1528,1	1551,5	750,3	777,8	760,2	791,3
Private Haushalte 2)	1124,3	1136,0	1158,3	556,3	579,7	565,9	592,4
Staat	388,5	392,1	393,3	194,0	198,1	194,3	198,9
Anlageinvestitionen	391,3	387,9	394,4	183,6	204,2	188,3	206,2
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	177,0	178,9	185,8	85,2	93,7	87,9	97,9
Bauten	214,3	209,0	208,6	98,5	110,5	100,4	108,2
Vorratsveränderungen 3)	-13,9	-11,9	-7,7	1,5	-13,3	2,6	-10,3
Inländische Verwendung	1890,3	1904,1	1938,2	935,4	968,7	951,0	987,2
Außenbeitrag	94,0	81,6	82,2	42,4	39,2	42,8	39,3
Exporte	713,8	734,4	772,8	362,9	371,5	377,0	395,8
Importe	619,8	652,8	690,6	320,5	332,2	334,2	356,5
Bruttoinlandsprodukt	1984,3	1985,7	2020,4	977,8	1008,0	993,9	1026,5
nachrichtlich:							
Bruttonationaleinkommen	1976,5	1979,1	2013,8	969,6	1009,6	985,7	1028,1

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	-0,1	1,0	1,5	1,1	0,9	1,3	1,7
Private Haushalte 2)	-0,6	1,0	2,0	1,1	0,9	1,7	2,2
Staat	1,5	0,9	0,3	0,9	0,9	0,2	0,4
Anlageinvestitionen	-6,7	-0,9	1,7	-2,5	0,7	2,5	0,9
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-7,7	1,1	3,8	0,5	1,7	3,1	4,5
Bauten	-5,9	-2,5	-0,2	-4,9	-0,2	2,0	-2,1
Inländische Verwendung	-1,5	0,7	1,8	0,7	0,8	1,7	1,9
Exporte	2,6	2,9	5,2	4,3	1,5	3,9	6,5
Importe	-2,1	5,3	5,8	6,9	3,8	4,3	7,3
Bruttoinlandsprodukt	0,2	0,1	1,7	0,1	0,1	1,6	1,8
nachrichtlich:							
Bruttonationaleinkommen	0,5	0,1	1,8	0,1	0,1	1,7	1,8

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 2003 und 2004

Bundesrepublik Deutschland

	2002	2003	2004	2003		2004	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (1995=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben 2)	1,4	0,9	1,2	1,1	0,8	1,1	1,4
Konsumausgaben des Staates	0,8	1,0	0,6	1,0	1,1	0,6	0,7
Anlageinvestitionen	-0,1	-0,2	0,2	-0,4	-0,1	0,1	0,3
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-0,2	-0,5	0,4	-0,9	-0,1	0,3	0,5
Bauten	-0,1	0,0	0,0	0,1	-0,1	-0,1	0,0
Exporte	0,3	0,3	1,0	0,0	0,6	0,9	1,0
Importe	-1,3	-0,2	1,0	-0,8	0,3	0,8	1,2
Bruttoinlandsprodukt	1,6	0,9	0,9	1,0	0,8	0,8	0,9

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd.Euro

Primäreinkommen der privaten Haushalte 2)	1581,8	1606,8	1648,5	788,3	818,5	807,0	841,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	218,6	221,5	224,5	106,0	115,5	107,0	117,5
Bruttolöhne und -gehälter	911,5	918,9	939,1	431,4	487,4	440,1	499,0
Übrige Primäreinkommen 4)	451,8	466,4	484,9	250,9	215,5	259,9	225,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	198,8	191,3	201,0	85,6	105,7	90,5	110,5
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	1780,6	1798,0	1849,5	873,9	924,1	897,4	952,1
Abschreibungen	318,5	322,9	327,8	161,2	161,7	163,6	164,2
Bruttonationaleinkommen	2099,1	2121,0	2177,3	1035,1	1085,9	1061,1	1116,2
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	1562,0	1572,6	1612,3	762,8	809,7	779,9	832,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	432,0	432,2	448,7	225,4	206,8	232,9	215,8
Arbeitnehmerentgelt	1130,0	1140,4	1163,6	537,4	603,0	547,1	616,5

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte 2)	-0,1	1,6	2,6	1,5	1,7	2,4	2,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	1,3	1,3	1,3	1,1	1,6	1,0	1,7
Bruttolöhne und -gehälter	0,8	0,8	2,2	0,5	1,1	2,0	2,4
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	1,5	2,1	2,3	2,0	2,2	2,4	2,2
Übrige Primäreinkommen 4)	-2,3	3,2	4,0	3,3	3,1	3,6	4,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	23,5	-3,8	5,1	-1,5	-5,5	5,7	4,6
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2,1	1,0	2,9	1,2	0,8	2,7	3,0
Abschreibungen	2,1	1,4	1,5	1,3	1,5	1,5	1,5
Bruttonationaleinkommen	2,1	1,0	2,7	1,2	0,9	2,5	2,8
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2,0	0,7	2,5	0,7	0,7	2,2	2,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	5,1	0,0	3,8	0,8	-0,8	3,3	4,4
Arbeitnehmerentgelt	0,9	0,9	2,0	0,6	1,2	1,8	2,2

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte 2)

a) Mrd.Euro

Masseneinkommen	959,0	966,9	1001,9	462,0	504,9	479,2	522,7
Nettolöhne und -gehälter	594,2	595,7	625,1	278,2	317,5	291,2	333,9
Monetäre Sozialleistungen	438,6	449,1	455,6	221,9	227,2	226,7	228,9
abz. Abgaben auf monetäre Sozialleistungen 5)	73,8	77,9	78,8	38,1	39,8	38,7	40,1
Übrige Primäreinkommen 4)	451,8	466,4	484,9	250,9	215,5	259,9	225,0
Sonstige Transfers 6)	-41,6	-38,4	-43,5	-19,0	-19,3	-21,6	-21,9
Verfügbares Einkommen	1369,3	1394,9	1443,4	693,9	701,1	717,5	725,8
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	16,8	18,3	19,3	8,3	10,0	8,7	10,6
Konsumausgaben	1241,9	1266,6	1307,1	620,0	646,5	637,5	669,6
Sparen	144,2	146,7	155,5	82,1	64,6	88,7	66,8
Sparquote (%) 7)	10,4	10,4	10,6	11,7	9,1	12,2	9,1

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	2,0	0,8	3,6	0,7	0,9	3,7	3,5
Nettolöhne und -gehälter	0,2	0,3	4,9	0,1	0,4	4,7	5,2
Monetäre Sozialleistungen	4,8	2,4	1,5	2,4	2,4	2,2	0,8
abz. Abgaben auf monetäre Sozialleistungen 5)	3,4	5,6	1,2	6,1	5,1	1,5	0,9
Übrige Primäreinkommen 4)	-2,3	3,2	4,0	3,3	3,1	3,6	4,4
Verfügbares Einkommen	1,0	1,9	3,5	2,0	1,8	3,4	3,5
Konsumausgaben	0,8	2,0	3,2	2,2	1,8	2,8	3,6
Sparen	4,4	1,7	6,0	1,3	2,3	8,1	3,5

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 2003 und 2004

Bundesrepublik Deutschland

	2002	2003	2004	2003		2004	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates 8)

a) Mrd.Euro

	2002	2003	2004	2003 1.Hj.	2003 2.Hj.	2004 1.Hj.	2004 2.Hj.
Einnahmen							
Steuern	476,6	486,1	501,8	235,5	250,7	242,5	259,3
Sozialbeiträge	388,7	398,1	402,8	191,5	206,6	193,3	209,5
Vermögenseinkommen	17,9	15,8	15,6	9,6	6,2	9,5	6,1
Sonstige laufende Transfers	14,9	15,6	15,7	7,8	7,8	7,9	7,9
Vermögenstransfers	8,8	8,1	8,3	4,1	4,1	4,1	4,2
Verkäufe	40,5	40,5	40,6	19,1	21,5	19,0	21,6
Sonstige Subventionen	0,8	0,7	0,8	0,3	0,4	0,4	0,4
Insgesamt	948,2	965,0	985,6	467,7	497,3	476,7	509,0
Ausgaben							
Vorleistungen 9)	247,4	253,1	256,2	122,0	131,1	123,7	132,6
Arbeitnehmerentgelt	165,9	168,4	169,1	78,6	89,8	78,8	90,3
Vermögenseinkommen (Zinsen)	67,2	69,1	71,2	34,5	34,6	35,4	35,8
Subventionen	30,9	29,5	27,0	13,7	15,8	12,6	14,5
Monetäre Sozialleistungen	409,9	420,3	426,7	207,7	212,6	212,4	214,3
Sonstige laufende Transfers	35,6	38,6	42,8	18,5	20,1	20,6	22,2
Vermögenstransfers	35,3	37,0	35,8	19,3	17,7	18,9	16,9
Bruttoinvestitionen	33,7	33,6	32,8	15,1	18,5	14,9	17,9
Nichtproduzierbare Vermögensgüter	-1,4	-1,3	-1,4	-0,6	-0,7	-0,6	-0,7
Insgesamt	1024,4	1048,1	1060,3	508,7	539,5	516,6	543,7
Finanzierungssaldo	-76,2	-83,1	-74,6	-40,9	-42,2	-39,9	-34,7

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

	2002	2003	2004	2003 1.Hj.	2003 2.Hj.	2004 1.Hj.	2004 2.Hj.
Einnahmen							
Steuern	0,1	2,0	3,2	3,5	0,6	3,0	3,4
Sozialbeiträge	1,3	2,4	1,2	2,3	2,5	0,9	1,4
Vermögenseinkommen	-5,2	-11,8	-1,2	-18,8	1,8	-0,9	-1,6
Sonstige laufende Transfers	4,2	4,5	1,0	18,8	-6,7	1,0	0,9
Vermögenstransfers	4,0	-7,4	2,5	2,3	-15,4	1,7	3,2
Verkäufe	-0,4	0,1	0,2	0,4	-0,2	-0,1	0,6
Sonstige Subventionen	-13,8	-4,0	5,6	-6,1	-2,4	12,9	0,0
Insgesamt	0,5	1,8	2,1	2,5	1,1	1,9	2,3
Ausgaben							
Vorleistungen 9)	3,4	2,3	1,2	2,5	2,1	1,3	1,2
Arbeitnehmerentgelt	0,6	1,5	0,4	1,2	1,7	0,3	0,6
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-0,9	2,8	3,0	3,0	2,7	2,6	3,3
Subventionen	-8,6	-4,7	-8,3	-4,1	-5,2	-7,9	-8,7
Monetäre Sozialleistungen	5,0	2,5	1,5	2,5	2,5	2,3	0,8
Sonstige laufende Transfers	4,8	8,4	11,0	15,6	2,6	11,5	10,6
Vermögenstransfers	-1,5	5,0	-3,3	10,6	-0,5	-2,3	-4,4
Bruttoinvestitionen	-5,9	-0,3	-2,3	-0,8	0,2	-1,0	-3,3
Insgesamt	2,4	2,3	1,2	2,7	1,9	1,6	0,8

- 1) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigenstunde.
- 2) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
- 3) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.
- 4) Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.
- 5) Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.
- 6) Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.
- 7) Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).
- 8) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.
- 9) Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des IWH; ab 1. Hj. 2003: Prognose des IWH (Stand: 7. Juli 2003).